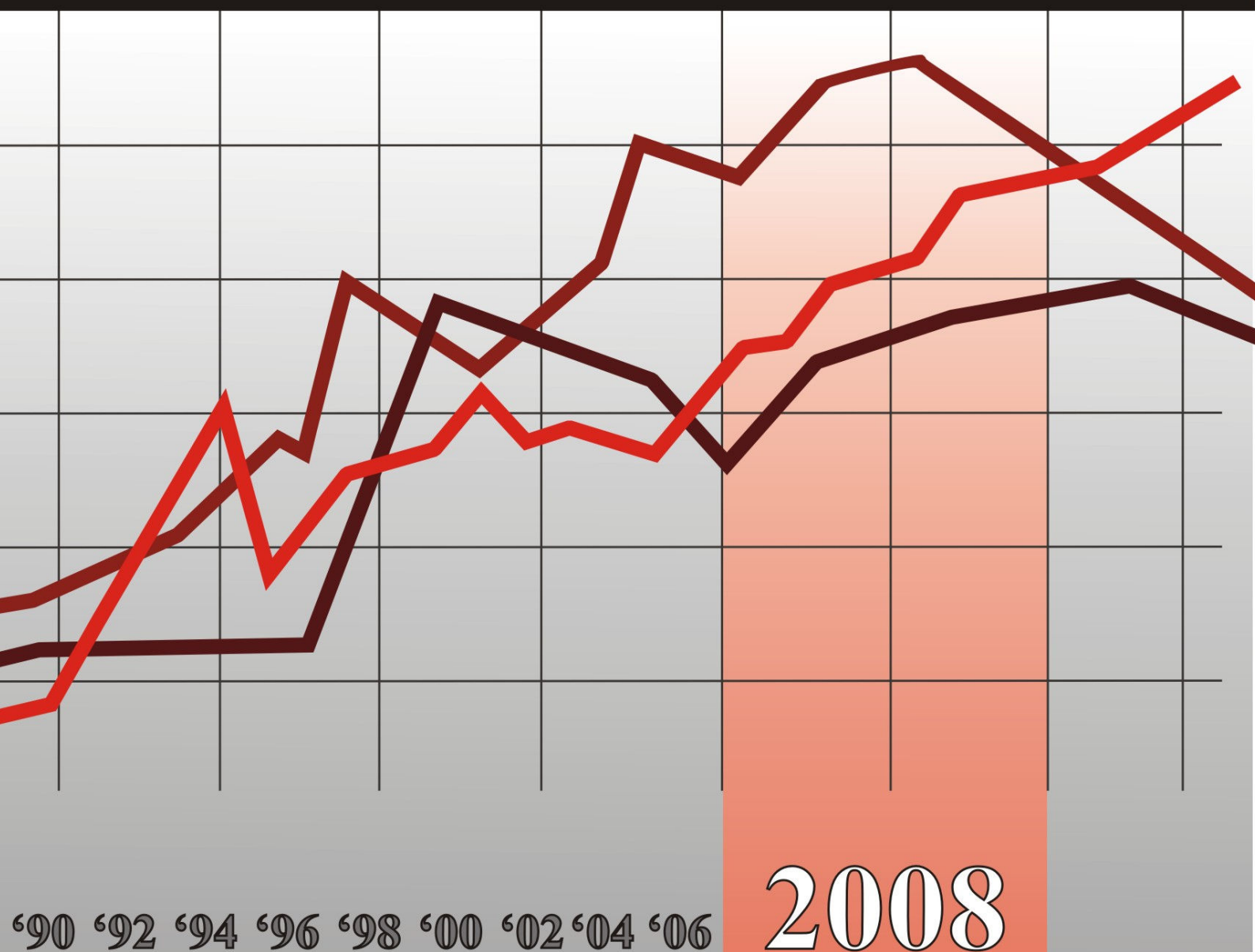


SOZIALREPORT



2008

Daten und Fakten zur
sozialen Lage in den
neuen Bundesländern



Sozialreport 2008
Daten und Fakten zur sozialen Lage
in den neuen Bundesländern

Erarbeitet vom
Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum
Berlin-Brandenburg e.V.

im Auftrag der
Volkssolidarität Bundesverband e.V.

Berlin - Dezember 2008

Erarbeitet vom SFZ: verantwortlich: Dr. R. Liebscher
Empirische Untersuchung: Dr. Reinhard Liebscher
Redaktionelle Bearbeitung,
Layout, tabellarische und
grafische Gestaltung: Heidemarie Wille
Druck: City-Print Gera

Vorbemerkungen	4
1 Zufriedenheit	8
1.1 Allgemeine Lebenszufriedenheit	8
1.2 Zufriedenheit nach Lebensbereichen	10
2 Wirtschaftliche Lage	12
2.1 Individuelle wirtschaftliche Lage	12
2.2 Bedürfnisbefriedigung	16
3 Hoffnungen - Befürchtungen	18
3.1 Hoffnungen - Sorgen/Ängste	18
3.2 Erwartungen	22
3.3 Zukunftsaussichten	23
4 Werte	25
4.1 Wertestruktur	25
4.2 Soziales Klima	26
4.3 Bewertung der eigenen sozialen Entwicklung/Schichtzuordnung	29
5 Demokratie	31
5.1 Demokratiezufriedenheit - politische Interessen	31
5.2 Bürgerschaftliches Engagement	33
6 Sozialreformen	35
6.1 Institutionenvertrauen - Staat und Sicherungssysteme - Gerechtigkeit	35
6.2 Sozialreformen - Ziele und Inhalt	36
6.3 Gewinne - Verluste	37
7 Identifikation	40
8 Einkommen - Armut	44
8.1 Einkommen - Angleichung	44
8.2 Armut	47
9 Arbeit	51
9.1 Teilhabe am Erwerbsleben	51
9.2 Erfahrung mit Arbeitslosigkeit	52
9.3 Prekäre Arbeitsverhältnisse	53
9.4 Arbeit bis 67, Rente ab 67 Jahre	56
10 Wohnen	58
11 Verhalten zu Ausländern - Rechtsextremismus	59
12 Methodik	64
Ergänzende Studien	66
"Leben in den neuen Bundesländern - 2008":	66
"Leben in den neuen Bundesländern - 2007":	66

Vorbemerkungen

In den vergangenen Monaten ist viel Bewegung in die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik gekommen, indem das neoliberale Konzept der Deregulierung ohne Umwege in eine der größten Wirtschafts- und Finanzkrisen führte.

Der wirtschaftliche "Aufschwung" hat den Anstieg prekärer Arbeitsverhältnisse ebenso wenig verhindert wie die erforderliche Stützung der Banken und Wirtschaft mit Milliarden Euro. Die Politik der Privatisierung der Gewinne und der Sozialisierung der Verluste wird munter fortgesetzt. Die Warnungen vor einer bisher in ihrem Ausmaß seit langem nicht da gewesenen Rezession lassen für die Bürger - insbesondere die Arbeitnehmer und Rentner - das Schlimmste befürchten.

Nur wenige Monate trennen uns vom 20. Jahrestag, an dem "die Mauer von Ost nach West eingedrückt wurde" (Thierse), und spätestens im Sommer 2009 werden ebenso wie im Herbst 2010 Erfolgsbilanzen zum 60. Gründungstag der Bundesrepublik, zu den Europa- und Bundestagswahlen 2009 sowie zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit benötigt. Um es vorweg zu nehmen und nicht einseitiger Betrachtungen beschuldigt zu werden: Es ist ein Erfolg der Bürger der neuen Bundesländer, nicht nur die friedliche Revolution bewirkt und damit die notwendigen Bedingungen für die deutsche Einheit geschaffen, sondern seitdem auch enorme Anpassungs- und Umstellungsprozesse bewältigt zu haben. Niemand bestreitet die inzwischen erreichten Ergebnisse hinsichtlich verbesserter Waren- und Dienstleistungsangebote, veränderter Wohnverhältnisse und -bedingungen, bei der Gestaltung freiheitlich-demokratischer Verhältnisse sowie neuer Freiheiten in Bezug auf Reisen und einer interessengeleiteten Vereins- und Verbandsvielfalt. All das ist Ergebnis der Arbeit von Menschen in Ost wie West. Aber Akzeptanz und Anerkennung dürfen nicht ausschließen, sich kritisch zu verhalten, Missstände zu benennen, Rückstände anzuprangern, um sie zu überwinden.

Die Deutsche Einheit hat vieles gebracht, ist aber immer noch nicht vollendet. So wird im Jahresbericht der Bundesregierung "Zur deutschen Einheit 2008" einleitend festgestellt, dass *"die vergangenen knapp zwei Jahrzehnte für viele Menschen mit enormen Veränderungen verbunden waren. Sie haben einerseits ein vorher nicht gekanntes Maß an materiellem Wohlstand erreicht. ... Andererseits gehören hierzu für viele Menschen auch schwierige Erfahrungen, wie beispielsweise die hohe Arbeitslosigkeit. ... Die Gegensätzlichkeit dieser Erfahrungen ist für viele Bürger in den neuen Ländern unmittelbar mit der Frage der inneren Einheit verbunden. Bei einigen hinterlassen sie noch häufig ein Gefühl der Fremdheit und fehlender Teilhabemöglichkeiten im vereinigten Land. Es zeigt sich, dass neben unterschiedlichen Wertvorstellungen vor allem die materiellen Unterschiede hierfür ausschlaggebend sind. Die Bundesregierung bekennt sich deshalb auch weiterhin uneingeschränkt zur Überwindung der teilungsbedingten Unterschiede und insgesamt zur Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West."*

Vielen Menschen in den neuen Bundesländern fehlt jedoch immer mehr der Glaube an das Erreichen gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Das von der Politik verstärkt hervorgehobene Verständnis dafür, dass sich die Ostdeutschen als "Bürger zweiter Klasse" fühlen (Bundesminister Tiefensee) reflektiert sich auch in den Bewertungen der Bürger, seien es die Hoffnungen und Befürchtungen, die Zufriedenheit mit ihrem Leben, mit der Demokratie, der wirtschaftlichen Situation usw. Bereits Mitte 2008 - also vor dem Crash der Finanzmärkte - gab es unter den Bürgern der neuen Bundesländer eine zunehmend kritische Haltung.

Die getroffenen Aussagen ostdeutscher Bürger - bezogen auf das Jahr 2008 - zusammenfassend, lassen folgende Verallgemeinerungen zu:

Erstens hat die fortgesetzte Politik der Sozialreformen mit zum Teil tiefgreifenden Einschnitten in die Lebenslagen der Bürger dazu geführt, dass die Zufriedenheiten, Hoffnungen und Erwartungen seit 2000 eine sinkende Tendenz haben. Das gilt im Besonderen für die Altersgruppe der 50- bis 60-Jährigen sowie Senioren, deren Bewertungen auf das historische Tief von 1990 zurückfielen.

Vor allem in den Bereichen Soziale Sicherheit, Arbeit, Gesundheit, Leben mit Kindern, Einkommen-Preise, Demokratie und soziale Gerechtigkeit gibt es eine rückläufige bzw. sich auf niedrigem Niveau stabil haltende Zufriedenheit und gering ausgeprägte Erwartungen an Verbesserungen.

Nicht unmaßgeblich wird die Zufriedenheit der Bürger von der Bewertung ihrer wirtschaftlichen Situation geprägt. War nach einer deutlichen Zunahme bis 2000 noch fast die Hälfte der Bürger mit ihrer wirtschaftlichen Situation zufrieden, so sank der Anteil bis 2008 auf rd. ein Viertel. Zugleich geht rd. die Hälfte der Befragten davon aus, dass es ihnen in fünf Jahren noch schlechter gehen wird. Offensichtlich existiert für eine Mehrheit der Bürger eine tiefe Kluft zwischen den von der Politik hervorgehobenen positiven Wirkungen des wirtschaftlichen Aufschwungs und dem eigenen Erleben im Alltag. Das alles zeigt letztlich, dass ein Klima der Zukunftsverunsicherung erzeugt wurde, welches nicht zuletzt auch die soziale Integration der Ostdeutschen in die Gesellschaft behindert.

Zweitens sind sich die Bürger der neuen Bundesländer durchaus der Notwendigkeit von Sozialreformen bewusst, haben jedoch eine äußerst kritische Haltung zu den bisherigen Ergebnissen der Reformen. Sie fühlen sich in der überwältigenden Mehrheit bisher als Verlierer der Sozialreformpolitik.

Dabei geht es den Bürgern keineswegs nur um "mehr Leistungen", sondern zunächst um mehr soziale Gleichheit und gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Gesundheitswesen und Arbeitsmarkt. Es ist trotz der hohen Erwartungen an den Staat keine "Vollkasko-Mentalität", sondern auch der Anspruch an eine Verbreiterung der solidarischen Grundlagen der sozialen Sicherungssysteme.

Drittens hat die Politik einseitiger Sozialreformen nicht nur zum Sozialabbau, sondern auch zu Positionsprüfungen in Bezug auf Demokratie und demokratisches Verhalten beigetragen. Es sollte die Politik zum Nachdenken zwingen, wenn insbesondere seit Zunahme staatlicher Eingriffe in die sozialen Sicherungssysteme das politische Interesse deutlich sinkt. Während 2005 noch die Hälfte der Bürger starkes politisches Interesse bekundete, ist es 2008 nur noch rd. ein Drittel.

Die praktizierte Politik der Sozialreformen hat in den neuen Bundesländern auch Positionen im und zum Staat, staatlichen Institutionen und der Identifikation mit dem Staat, seinen Zielen und seiner Sozialpolitik beeinflusst, die sich in geringem/mangelndem Vertrauen in staatliche Institutionen - wie z.B. Bundestag und Bundesregierung - ausdrücken. Damit steht die Politik der bisherigen Sozialreformen einer weiteren sozialen und politischen Integration der Bürger Ostdeutschlands entgegen. Die Mehrheit der Ostdeutschen fühlt sich noch nicht hinreichend integriert. Es ist keineswegs ein verklärender "Rückblick", der die Haltung zur Bundesrepublik beeinflusst, sondern die gegenwärtige wirtschaftliche Situation und der damit verbundene soziale Status sowie geringe Zukunftserwartungen.

Es ist auch ein Ergebnis der Sozialreformpolitik, dass in immer stärkerem Maße nach Wahlen festgestellt wird, dass sich der Wähler von den etablierten "Volksparteien" abwendet, entweder hin zu Wählervereinigungen und kommunalen Bündnissen (vgl. Landtagswahlen in Bayern 2008, Kommunalwahlen in Brandenburg 2008) oder durch Verzicht auf Ausübung des Wahlrechtes. In immer stärkerem Maße werden Volksentscheide, Bürgerbegehren bzw. eine verbesserte betriebliche Mitbestimmung eingefordert. Es ist offensichtlich, dass dies in hohem Maße mit dem für den Bürger nicht hinreichend spürbaren Einfluss auf die Gestaltung seiner Lebensverhältnisse zu tun hat.

Viertens haben sich in den einzelnen Lebensbereichen unterschiedliche Entwicklungen vollzogen. Verbesserten Wohnverhältnissen und steigenden Nominaleinkommen stehen sinkende Realeinkommen gegenüber. Armutsbedrohung wird für einen zunehmenden Teil der Bevölkerung - insbesondere die heutige Vorentnergeneration - zur Realität.

Der Arbeitsmarkt hat sich kurzfristig verbessert, allerdings mit einer massiven Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse und niedrigen Einkommen verbunden. Eine ganze Region verfügt inzwischen über eigene - zum Teil langjährige - Erfahrung mit Arbeitslosigkeit sowie mit prekären bzw. atypischen Arbeitsverhältnissen. Aus diesen Erfahrungen speist sich auch die generell ablehnende Haltung z.B. zur Rente mit 67, solange dafür die Voraussetzungen nicht gegeben sind und nur die Rente durch damit verbundene Abschläge mindern.

Fünftens hat sich die Wertestruktur der Bürger der neuen Bundesländer weiter stabilisiert. An der Spitze stehen Arbeit, Familie und soziale Sicherheit als jene Bereiche, die von den Bürgern für ihr Leben als besonders wichtig angesehen werden.

Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch Entwicklungen gibt, den freiheitlich-demokratischen Werten entgegenstehen. So gibt es durchaus Veranlassung, dass jeder Bürger seine Positionen zu Ausländern und rechtsextremen Auffassungen kritisch prüfen sollte. Oft ungewollt und unbewusst gibt es Denk- und Verhaltensmuster, die den "Rechten" Spielräume für ihr Wirken geben. Es sind keineswegs nur "die Jungen", die sich ausländerunfreundlich verhalten.

Mit dem Sozialreport 2008 stellt die Volkssolidarität zum 19. Mal seit 1990 eine vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. erarbeitete Studie zur sozialen Situation in den neuen Bundesländern vor. Unser Verband wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, Lebensqualität zu bewahren und die Interessen der Bürger zu vertreten. Zugleich werden wir - wie bisher - den Jüngsten wie den Ältesten durch entsprechende Dienstleistungen die erforderliche "Fürsorge" zukommen lassen. Auch darin sehen wir unseren Beitrag zur Vollendung der deutschen Einheit im Interesse der Bürger in Ost wie West.

1 Zufriedenheit

Insgesamt sind 40 % der ab 18-jährigen Bürger der neuen Bundesländer "alles in allem" mit ihrem Leben zufrieden, jeder 5. ist unzufrieden. Die Zufriedenheit nimmt mit der positiven Einschätzung der eigenen Lebenslage zu. Unzufrieden sind im Besonderen 40- bis 60-Jährige sowie Arbeitslose.

Die Zufriedenheit ist in den Bereichen Wohnen, Partnerschaft und Freizeit am höchsten - hinsichtlich der sozialen Gerechtigkeit und der Einkommens-Preis-Verhältnisse sowie des persönlichen politischen Einflusses am geringsten.

1.1 Allgemeine Lebenszufriedenheit

Tabelle 1.1: "Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig - alles in allem - mit Ihrem Leben?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

	ins-ge-samt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männ-lich	weib-lich	bis 25 Jahre	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. äl.	erw.-tätig	arb.-los
sehr zufrieden	4	3	4	7	6	3	2	2	4	0
zufrieden	35	37	34	43	28	30	28	45	36	11
teilw. zufrieden	43	42	44	40	45	40	45	43	45	40
unzufrieden	14	14	14	9	16	19	19	8	13	34
sehr unzufrieden	4	3	4	1	5	7	5	1	2	14
ohne Antwort	1	1	1		1	1	1	1	1	0

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

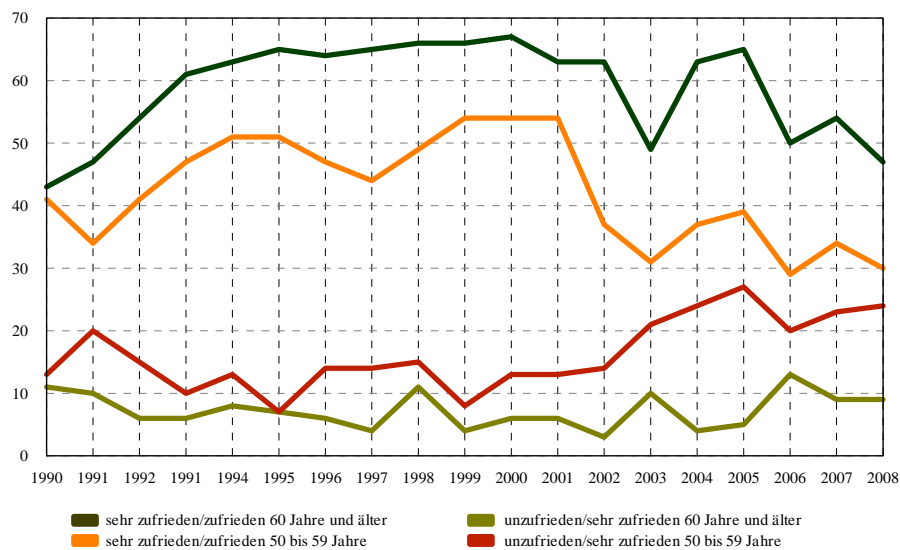
Es ist darauf zu verweisen, dass es sich um eine zusammenfassende Einschätzung aller individuellen und gesellschaftlichen Verhältnisse handelt und nicht um eine vordergründig "politische" Bewertung des Lebens in der Bundesrepublik.

Im Jahre 2008 waren in den neuen Bundesländern 4 % mit ihrem Leben alles in allem sehr zufrieden, 35 % zufrieden, 43 % teilweise zufrieden, 12 % unzufrieden und 4 % sehr unzufrieden (1 % ohne Antwort). Die getroffenen Aussagen belegen: "Die" unzufriedenen Ostdeutschen gibt es nicht, aber die Zufriedenheit hat gegenüber den 90er Jahren deutlich abgenommen. Zwischen dem Jahr 1999 mit der höchsten gemessenen Zufriedenheit von 59 % und den niedrigsten Werten in den Jahren 2006 und 2008 (39 %) liegen 20 Prozentpunkte Unterschied. Der Anteil der Unzufriedenen steigt um mehr als das 1,5fache von 7 % im Jahr 1999 auf 19 % im Jahr 2005. Seit 2006 hat sich die Zufriedenheit auf einem niedrigeren Niveau stabilisiert.

Einzelne Gruppen reflektieren die Verunsicherungen und unterschiedlichen Wirkungen der "Sozialreformen" im besonderen Maße. Insbesondere bei den jeweils 50- bis 59-Jährigen erfolgte seit 1999 ein steter Rückgang der allgemeinen Zufrie-

denheit von 54 % auf 30 %. Der Anteil der Unzufriedenen in dieser Altersgruppe nahm von unter 10 % im Jahr 1999 auf ein Viertel im Jahr 2008 zu. Für die ab 60-Jährigen ist (noch) eine relativ hohe Zufriedenheit typisch, aber allein zwischen 2005 und 2008 sank diese von 65 % auf 47 %.

Abbildung 1.1: Allgemeine Zufriedenheit über 50-Jähriger - neue Bundesländer - 1990 bis 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 1990-2008 (gew.)

Beeinflussend sind vor allem die erworbene und eingesetzte Qualifikation, der soziale/berufliche und familiäre Status sowie das damit verbundene Einkommen bzw. vorhandene Vermögenswerte (z.B. Wohneigentum). Tabelle 2.2 belegt, dass

- bei allen Einzelwerten hohe Lebenszufriedenheit mit besseren finanziellen/materiellen Lebensbedingungen, aber auch mit besseren Bewertungen sozialer Verhältnisse verbunden ist,
- es nicht nur um Bewertungen der gegenwärtigen Situation geht, sondern insbesondere auch um angenommene/erwartete Veränderungen,
- Lebenszufriedenheit korreliert stark mit der Einschätzung der wirtschaftlichen Situation, die von den "sehr Zufriedenen" insgesamt mit gut (2,0) bewertet wird, im Gegensatz zu den "sehr Unzufriedenen", welche die wirtschaftliche Situation mit fast sehr schlecht (4,6) bewerten.
- Die individuellen Einkommensverhältnisse liegen bei den "sehr Zufriedenen" um rd. das Doppelte höher als bei den "sehr Unzufriedenen", beim bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen (Pro-Kopf-Einkommen entsprechend unter-

schiedlicher Bedarfsstruktur zwischen Erwachsenen, Alleinlebenden und Kindern/Jugendlichen) bei fast dem 3,5fachen.

- Auch hinsichtlich der Wohnverhältnisse werden mit abnehmender Lebenszufriedenheit sich verschlechternde Wohnbedingungen ausgewiesen.

Tabelle 1.2: Allgemeine Zufriedenheit nach ausgewählten Indikatoren
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

Frage: Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig - alles in allem - mit Ihrem Leben?	insgesamt	wirtschaftliche Lage	indiv. Nettoeinkomm.	Haushaltsnettoeink.	Anteil Wohneigentum	Wohnungsgröße	Zufriedenheit Gerechtigkeit	Zufriedenheit soz.Sicherheit	Zufriedenheit Demokratie	Zufriedenheit Zukunft
		D*	€	€/Kopf (gew.)	%	m ²	D*	D*	D*	D*
sehr zufrieden	4	2,0	1.227	1.626	38	92	3,0	2,2	2,7	1,9
zufrieden	35	2,6	1.183	1.331	41	79	3,8	2,9	3,4	2,6
teilw. zufrieden	43	3,2	969	1.079	29	73	4,2	3,4	3,7	3,4
unzufrieden	14	3,9	746	894	24	69	4,5	3,9	4,1	4,2
sehr unzufrieden	4	4,6	595	559	17	66	4,8	4,3	4,4	4,6
Gesamt		3,1	1.010	1.145	33	76	4,1	3,3	3,6	3,2

* D = Durchschnitt jeweils auf einer 5er-Skala von 1 (bester Wert) bis 5 (schlechtester Wert)

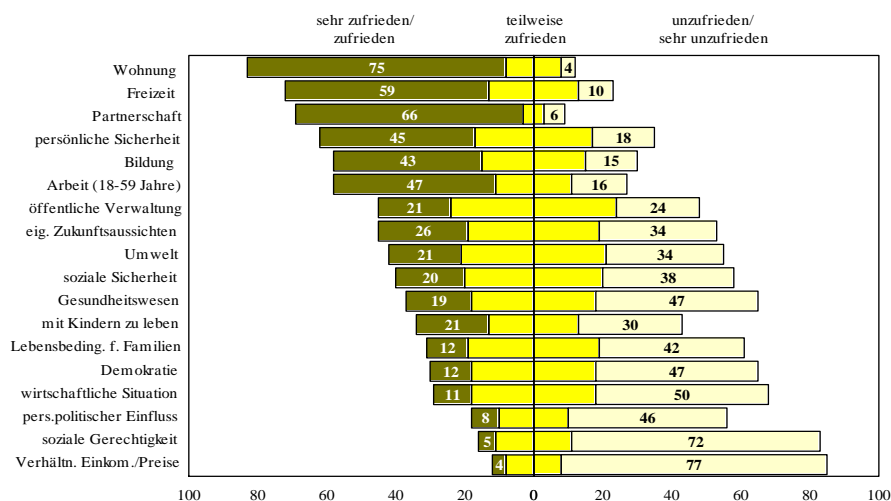
Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

1.2 Zufriedenheit nach Lebensbereichen

Nach einzelnen Lebensbereichen sind Zufriedenheiten - wie bereits in vorangegangenen Reports festgestellt - in drei übergreifende Bereiche zusammenfassbar:

- Bereiche mit hoher Zufriedenheit, die der Einzelne eigenständig, (relativ) unabhängig von äußeren Einflüssen auf sein Leben gestaltet, wie z.B. Wohnen (79 %), Freizeit (59 %), Partnerbeziehungen (66 %). Seit Mitte der 90er Jahre sind diese sog. Bereiche der Privatsphäre stabile Elemente der Zufriedenheit in den neuen Bundesländern.
- Bereiche mittlerer Zufriedenheit, in denen nach 1990 große Veränderungen erwartet wurden, die zum Teil eintraten (Umwelt, Waren- und Dienstleistungsangebot), zum Teil jedoch nach anfänglich positiver Entwicklung inzwischen rückläufige Zufriedenheiten bewirken (Gesundheitswesen, Demokratieinfluss).
- Bereiche, in denen eine hohe Unzufriedenheit bestimmend ist und in welchen in den letzten Jahren z.T. auch abnehmende Zufriedenheiten charakteristisch sind. Das betrifft vor allem das Gesundheitswesen (2005 = 21 % unzufrieden, 2008 = 47 %) sowie das Einkommens-Preisverhältnis (von 65 % auf 77 %).

Abbildung 1.2: Zufriedenheit nach Lebensbereichen - neue Bundesländer - 2008
- in Prozent* -



* Differenz zu 100 = ich weiß nicht/ohne Antwort

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Die wirtschaftliche Situation im Lande wird weniger schlecht bewertet. So sank der Anteil der Unzufriedenen von 2006 mit 70 % bis 2008 auf 50 %, der Anteil der Zufriedenen stieg im gleichen Zeitraum von 4 % auf 11 %.

An dieser Stelle sei nochmals darauf verwiesen, dass die Erhebung der Daten vor dem Bekanntwerden der Finanz- und Wirtschaftskrise stattfand.

Bezogen auf die letzten fünf Jahre (also seit 2003) sehen 13 % der Bürger ihre eigene Entwicklung als sozialen Aufstieg, 33 % eher als Abstieg und 44 % weder als Auf- noch als Abstieg. Überdurchschnittlich werten ihre Entwicklung als Aufstieg:

- Empfänger hoher Individualeinkommen über 2.000 Euro (33 %),
- Befragte mit einem äquivalenzgewichteten Haushaltseinkommen über 2.000 Euro (41 %),
- unter 25-Jährige (33 %),
- Beamte (25 %) sowie
- Hochschulabsolventen (21 %).

Als Abstieg bewerten ihre Entwicklung vor allem Arbeitslose (76 %), Empfänger eines Individualeinkommens unter 1.000 Euro (45 %) sowie 50- bis 60-Jährige (44 %).

2 Wirtschaftliche Lage

Die individuelle wirtschaftliche Lage wird von einem Viertel der Bürger als gut und einem Drittel als schlecht bewertet - mit deutlich sinkender Tendenz seit 2000. Lediglich 13 % erwarten eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage bis 2013. Nur ein Viertel der Bürger der neuen Bundesländer bewertet ihr Haushaltsnettoeinkommen als hinreichend zur Bedarfsbefriedigung - bei gleichfalls sinkender Tendenz.

2.1 Individuelle wirtschaftliche Lage

Im Jahr 2008 bewerten 2 % ihre wirtschaftliche Lage mit sehr gut, 24 % mit gut, 45 % mit teils gut/teils schlecht, 22 % mit schlecht und 7 % mit sehr schlecht (1 % ohne Antwort). Damit hat sich der seit Beginn des neuen Jahrtausends erkennbare Trend einer abnehmenden positiven und zunehmend negativen Bewertung im Jahre 2008 auf niedrigem Niveau stabilisiert.

Tabelle 2.1: "Wie bewerten Sie heute Ihre eigene wirtschaftliche Lage?"
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

	ins- ge- samt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männ- lich	weib- lich	bis 25 Jahre	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. äl.	erw.- tätig	arb.- los
sehr gut	2	2	1	2	3	2	1	1	2	0
gut	24	25	23	19	22	23	23	28	28	2
teils/teils	45	46	44	50	39	42	41	51	47	23
schlecht	22	20	24	24	24	24	25	17	20	45
sehr schlecht	7	7	7	4	12	10	10	2	3	30
ohne Antwort	1	0	1	1	0	0	0	1	1	-

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Im Jahre 2000 kennzeichneten noch 46 % ihre wirtschaftliche Lage mit sehr gut/gut und nur 13 % der Bürger als schlecht/sehr schlecht. Der Anteil der positiven Bewertungen sank bis 2003 auf 30 % und liegt gegenwärtig bei einem Viertel (26 %). Die negative Bewertung lag im Jahr 2003 bei 30 % und hat sich bis in die Gegenwart nur unwesentlich auf 29 % verändert. Es überwiegt der Anteil derer, die mit teils/teils antworten.

Überdurchschnittlich positive Einschätzungen nehmen vor:

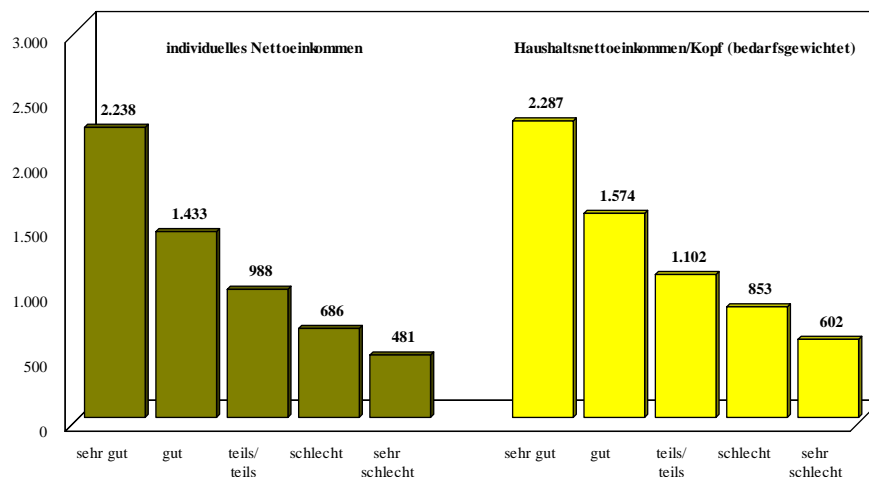
- Hochschulabsolventen (48 %), Beamte (55 %),
- Empfänger individueller Nettoeinkommen über 2.000 Euro (71 %) sowie eines bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommens über 2.000 Euro (73 %).

Mit einem überdurchschnittlichen Anteil "schlecht/sehr schlecht" bewerten:

- Arbeitslose (75 %), Alleinerziehende (42 %),
- Empfänger unterer Einkommensgruppen (60 %).

Dabei ist die Bewertung insgesamt naturgemäß an die jeweiligen Einkommen, aber auch an Wohneigentum und (finanzielles) Vermögen gebunden. So beträgt die Differenz im Durchschnittseinkommen zwischen denen mit der besten und der schlechtesten Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Situation beim individuellen Nettoeinkommen 1.757 Euro und beim Pro-Kopf-Haushaltseinkommen 1.685 Euro. Während die Befragten mit positiver Einschätzung zu 43 % über Wohneigentum verfügen, trifft das bei denen mit sehr schlechter Bewertung nur bei 13 % zu.

Abbildung 2.1: Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Situation und Einkommen - neue Bundesländer - 2008 - in Euro -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Es ist unbestritten, dass die mit der Vereinigung sich bietenden Möglichkeiten eines Konsumangebotes, das in seiner quantitativen und qualitativen Struktur nahezu jeglichen dem Einkommen entsprechenden Bedarf zu befriedigen in der Lage ist, zu den gravierendsten und auch anerkannten Verbesserungen seit der Vereinigung gehören. Es gilt aber auch, dass die seit 2002 abgegebenen Wertungen durch die als "Kaufkraftverlust" empfundene Euro-Umstellung, ebenso wie fehlende Einkommensangleichungen und Verunsicherungen im Bereich sozialer Leistungsbeiträge zu einer negativ beeinflussten Einschätzung beizutragen scheinen.

Im Rahmen der Befragung wurde die Bewertung der wirtschaftlichen Situation ergänzt um die

- Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage vor fünf Jahren (also 2003),
- die erwartete individuelle wirtschaftliche Lage in fünf Jahren (2013).

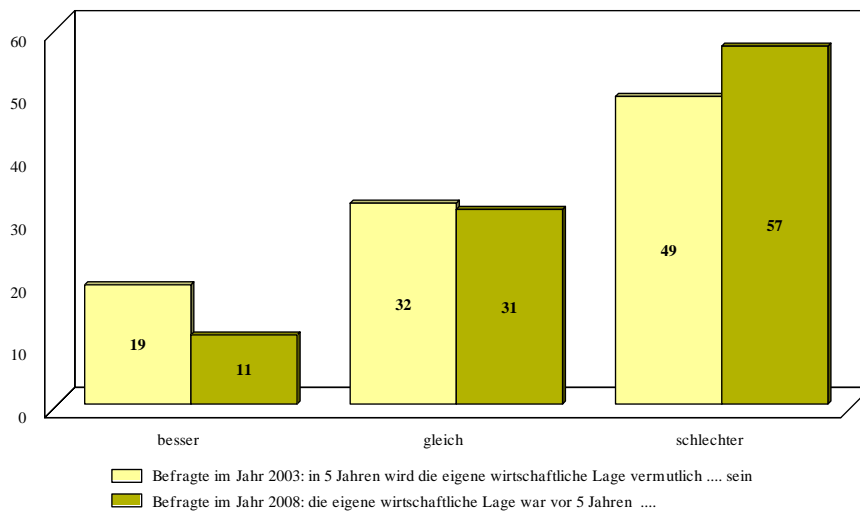
Dabei ist als genereller Trend zunächst festzustellen:

Erstens: Rd. 56 % der Befragten stellen für sich eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im Vergleich zu vor fünf Jahren fest, nur 11 % heben eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage hervor (31 % unverändert).

Zweitens: Die Erwartungen an die Zukunft fallen gleichfalls eher negativ aus. So gehen nur 13 % von Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Situation bis 2013 aus, 21 % erwarten keine Veränderung, 49 % nehmen Verschlechterungen an. Ebenso bemerkenswert ist die Tatsache, dass 17 % dazu keine Aussage treffen können/wollen.

Ein Vergleich der Antworten aus den Jahren 2003 und 2008 ergibt, dass der schon sehr vorsichtige Optimismus der Befragten aus dem Jahr 2003 zu ihrer wirtschaftlichen Lage in 5 Jahren, also im Jahr 2008, noch unterschritten wurde. Während fast jeder Fünfte eine Verbesserung seiner wirtschaftlichen Situation erwartete, trat diese tatsächlich nur für ein Zehntel ein (vgl. Abbildung 2.2). Fast jeder Zweite (49 %) erwartete im Jahr 2003 Verschlechterungen, 57 % sehen in 2008 rückblickend, dass es ihnen vor 5 Jahren besser ging.

Abbildung 2.2: Erwartungen zur eigenen wirtschaftlichen Lage 2003 und Rückblick - neue Bundesländer - 2003 und 2008 - in Prozent -

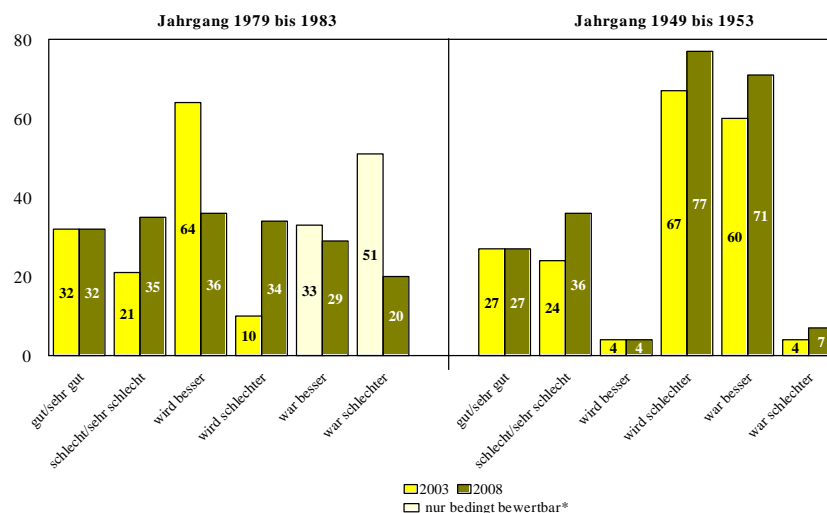


Datenbasis: sfz/leben 2003 und 2008 (gew.)

Drittens sind auch in Bezug auf die vergangenen fünf Jahre bzw. die zu erwartenden fünf Jahre deutliche Differenzierungen festzustellen:

- Während Frauen wie Männer im Wesentlichen übereinstimmende Aussagen treffen, sind es hinsichtlich der Altersgruppen vor allem die 50- bis 60-Jährigen, die deutliche Verschlechterungen sehen (2003 ging es 68 % besser). Sie erwarten auch zu 61 % für die nächsten fünf Jahre weitere Verschlechterungen. Auch die Einschätzung der älteren Bürger hat sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. 57 % ging es 2003 besser und 59 % erwarten bis 2013 keine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation.
- Der Optimismus der Jüngeren, 20- bis 25-Jährigen, im Jahr 2003 noch häufig in Ausbildung Stehenden, nimmt ab, der Pessimismus der jungen Älteren, die im Jahr 2003 50 bis 54 Jahre alt waren, steigt weiter.

Abbildung 2.3: Einschätzungen der wirtschaftlichen Lage der Geburtsjahrgänge 1979 bis 1983 und 1949 bis 1953 - neue Bundesländer - 2003 und 2008 - in Prozent -



* Altersjahrgang bewertet eine Zeit, in der eine wirtschaftliche Selbstständigkeit mehrheitlich noch nicht gegeben war

Datenbasis: sfz/leben 2003 und 2008 (gew.)

Während die eigene wirtschaftliche Lage sowohl von der jungen als auch der älteren Jahrgangskohorte mehrheitlich gleich gut eingeschätzt wird, nimmt in beiden Gruppen der Anteil derer, die die eigene wirtschaftliche Lage schlecht oder sehr schlecht beurteilen, um mehr als 10 % zu.

Sind im Jahr 2003 noch zwei Drittel der damals 20- bis 24-Jährigen überzeugt, dass es ihnen in 5 Jahren besser gehen wird, meint von derselben Gruppe im

Jahr 2008 (jetzt 25- bis 29-Jährige) nur noch ein Drittel, dass es ihnen im Jahr 2013 besser gehen wird.

Die jungen Alten aus 2003 (Jahrgänge 1949 bis 1953) blicken im Jahr 2008 (jetzt zwischen 55 und 59 Jahren alt) mit noch mehr Pessimismus in die Zukunft.

- Insbesondere Arbeitslose konstatieren zu 79 % eine Verschlechterung ihrer Lebenslage im Vergleich zu 2003, 51 % erwarten zugleich zunehmende Verschlechterungen bis 2013.

Alles in allem bringen die einzelnen Bewertungen - wenn auch unterschiedlich - nicht nur das Maß der real erfolgten Verschlechterungen (bzw. Stagnation) in den wirtschaftlichen Lebensverhältnissen zum Ausdruck, sondern vor allem das Maß an sozialer und Zukunftsunsicherheit, das die soziale Stabilität langfristig gefährden kann. Der Umbau des Sozialstaates wird zwar als notwendig angesehen, aber auch als Angriff auf Lebensstandard und damit Lebensqualität für die Mehrheit zu Gunsten von Minderheiten in Wirtschaft und Politik empfunden (vgl. Abschnitt 6).

2.2 Bedürfnisbefriedigung

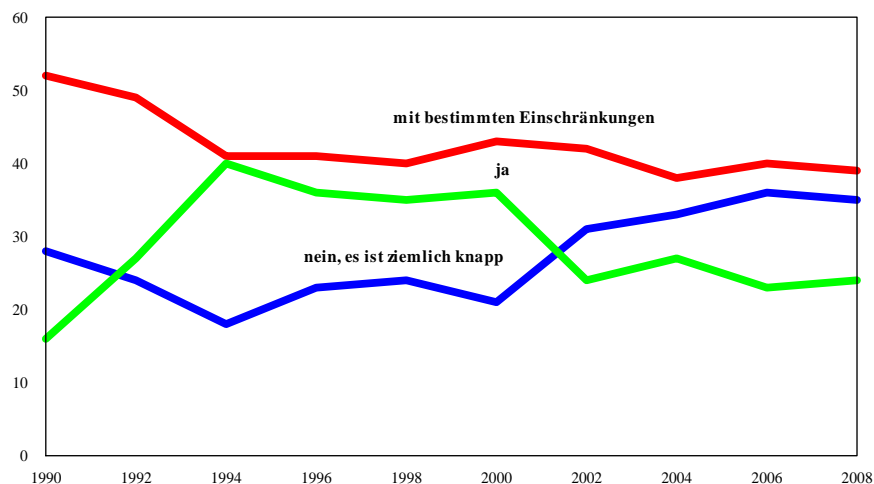
Die Bewertungen der individuellen wirtschaftlichen Situation korrespondieren unmittelbar mit den gegebenen Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung. Dabei spielen sowohl Einkommensentwicklungen, Preisentwicklungen, aber auch die individuellen Bedürfnisse der Lebensgestaltung eine unmittelbare Rolle.

Bereits seit 2000 zeichnet sich eine deutliche Trendwende in den getroffenen Wertungen ab. Auf die Frage: "Ermöglicht Ihnen Ihr monatliches Haushaltsnettoeinkommen im Großen und Ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse?", antworten im Jahre 2008 rd. 24 % mit "ja", 39 % mit "ja, mit Einschränkungen" und 36 % mit "nein, es ist zu knapp" (2 % ohne Antwort) (vgl. Abbildung 2.4). Noch im Jahre 2000 stellten 36 % der Befragten fest, dass sie ihre Bedürfnisse mit ihrem Einkommen befriedigen können. Die Einschätzung, dass das Geld zu knapp sei, um die Bedürfnisse zu befriedigen, nimmt zu - war es im Jahr 2000 "nur" ein Fünftel, das so antwortete, ist es inzwischen ein Drittel (36 %).

Dass das Haushaltsnettoeinkommen zur Befriedigung der individuellen/familiären Bedürfnisse ausreichend ist, nehmen insbesondere Männer (27 %), Rentner (28 %), Befragte in Doppelverdienerhaushalten ohne Kinder (37 %), Hochschulabsolventen (47 %), Beamte (50 %) sowie Empfänger eines Individualeinkommens über 2.000 Euro (64 %) bzw. eines Familien-Pro-Kopf-Einkommens von ebenfalls mehr als 2.000 Euro (71 %) an. Während bei Letzteren der Zusammenhang zum Einkommen unübersehbar ist, gilt für Rentner nicht vorrangig, dass sie über ein hohes Einkommen verfügen, sondern vor allem über andere Bedürfnisstrukturen - z.B.

bei hochwertigen Industriewaren mehrheitlich eher nur noch Ersatzbedarf -, die nicht zu weiteren Eingriffen in die Alterseinkommen missbraucht werden dürfen.

Abbildung 2.4: "Ermöglicht Ihr monatliches Haushaltsnettoeinkommen im Großen und Ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse?"
- neue Bundesländer - 1990 bis 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 1990-2008 (gew.)

Als "zu knapp" befinden ihr Haushaltseinkommen vor allem: Arbeitslose (84 %), Alleinerziehende (49 %), Arbeiter (48 %), mittlere Altersgruppen (vgl. Tabelle 2.2) sowie Niedrigeinkommensempfänger mit unter 750 Euro Pro-Kopf-Einkommen in der Familie (72 %).

Tabelle 2.2: "Ermöglicht Ihr monatliches Haushaltsnettoeinkommen im Großen und Ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse?"
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	bis 25 Jahre	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. äl.	erw.-tätig	arb.-los
ja	24	27	20	20	21	23	22	28	26	3
ja, mit Einschränkungen	39	38	40	48	34	33	36	45	43	12
nein, ist zu knapp	36	33	38	30	44	42	42	25	31	84
ohne Antwort	2	1	2	1	2	2	0	3	0	1

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

3 Hoffnungen - Befürchtungen

Hoffnungen auf die weitere Entwicklung unterliegen in den neuen Bundesländern einem immer stärker von kurzfristigen Einflüssen geprägten Abwärtstrend. Sorgen und Ängste bestehen vor allem hinsichtlich des weiteren Sozialabbaus, der Entwicklung der finanziellen Verhältnisse und der Angst vor Armut. Die soziale Verunsicherung hat zugenommen. Die Zukunftsaussichten werden überwiegend negativ bewertet.

3.1 Hoffnungen - Sorgen/Ängste

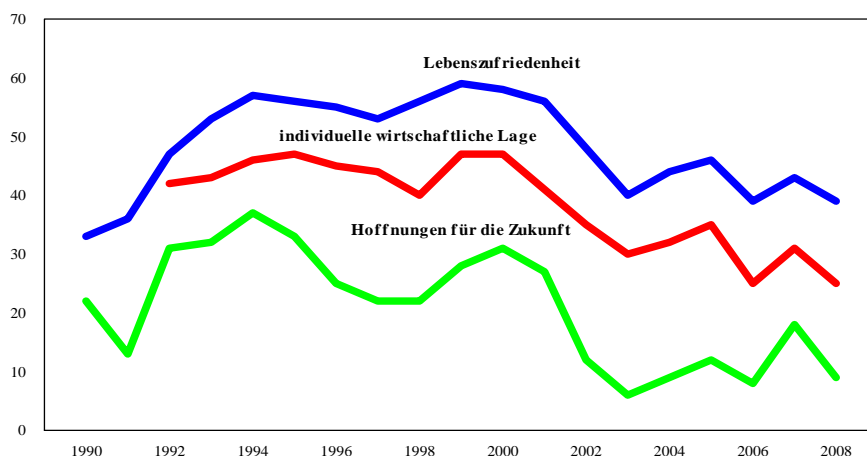
Gerade für die neuen Bundesländer gilt, dass die Hoffnungen auf eine positive Entwicklung nie so groß und die Befürchtungen so gering waren wie 1989/90. Dabei ging es keineswegs nur um den Zugang zu einer sozialen Marktwirtschaft, sondern um Erwartungen an Veränderungen der Lebensverhältnisse, die über materiellen Wohlstand hinaus auch Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Freiheit gewährleisten würden.

Es wurde bereits auf die von der überwiegenden Mehrheit der Bürger anerkannten Veränderungen seit 1990 verwiesen (vgl. Abschnitt 2.1). Auf der anderen Seite haben die Bundesregierungen - gleich in welchen Konstellationen - im letzten Jahrzehnt mit ihren verabschiedeten Reformpaketen sowie den Diskussionen um weitere Reformschritte eine in den neuen Bundesländern bisher einmalige soziale und Zukunftsverunsicherung bewirkt.

Die Jahre seit 1990 unterliegen in den neuen Bundesländern einem Wechselspiel von steigenden Hoffnungen (1991 bis 1994, 1998 bis 2000 sowie 2007) und zunehmenden Befürchtungen (1990/91, 1994 bis 1997, 2000 bis 2003 sowie 2006 und 2008). Die Zyklen werden kürzer - reflektieren nicht nur politische Wechsel in den Koalitionen, sondern zugleich das stete Wechselspiel von verkündetem und realem Aufschwung. Die Bewertungen der Lebenszufriedenheit und der wirtschaftlichen Situation zeigen weitgehend übereinstimmende Verläufe (vgl. Abbildung 3.1).

Auch der Großen Koalition ist es aufgrund der vorgenommenen und vorgesehenen gravierenden Einschnitte in die Lebensverhältnisse der Bürger seit 2005 nicht gelungen, neue Hoffnungen in größerem Ausmaß zu wecken.

Abbildung 3.1: Lebenszufriedenheit (*sehr zufrieden/zufrieden*), Hoffnungen für die Zukunft, individuelle wirtschaftliche Lage (*sehr gut/gut*) - neue Bundesländer - 1990 bis 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 1990-2008 (gew.)

Es ist offensichtlich, dass die Gesamtheit der zum Teil gravierenden Einschnitte in den Lebensverhältnissen in den vergangenen Jahren, die nach wie vor existenten wirtschaftlichen Probleme bei immer noch doppelt so hoher Arbeitslosigkeit wie in den alten Ländern zunehmend weniger Hoffnungen, sondern eher Befürchtungen aufkommen haben lassen. Mitte 2008 äußerten in Bezug auf die weitere Entwicklung nur 9 % vor allem Hoffnungen, 36 % vor allem Befürchtungen, 50 % antworteten mit sowohl als auch. 5 % antworteten mit "ich weiß nicht" bzw. gaben dazu keine Antwort. Erstmals haben Senioren - ebenso wie die 50- bis 60-Jährigen die höchsten Befürchtungen und geringsten Hoffnungen. Auch für Arbeitslose konnte kein hinreichendes Vertrauen aufgebaut werden.

Tabelle 3.1: Hoffnungen und Befürchtungen an die weitere Entwicklung - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	bis 25 Jahre	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. äl.	erw.-tätig	arb.-los
Hoffnungen	9	9	8	13	13	9	6	6	10	8
sowohl Hoffnungen als auch Befürchtungen	50	52	48	59	53	44	48	48	52	32
Befürchtungen	36	35	37	26	29	42	41	39	34	52
weiß nicht/ohne Antw.	5	3	7	2	4	5	5	7	3	8

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

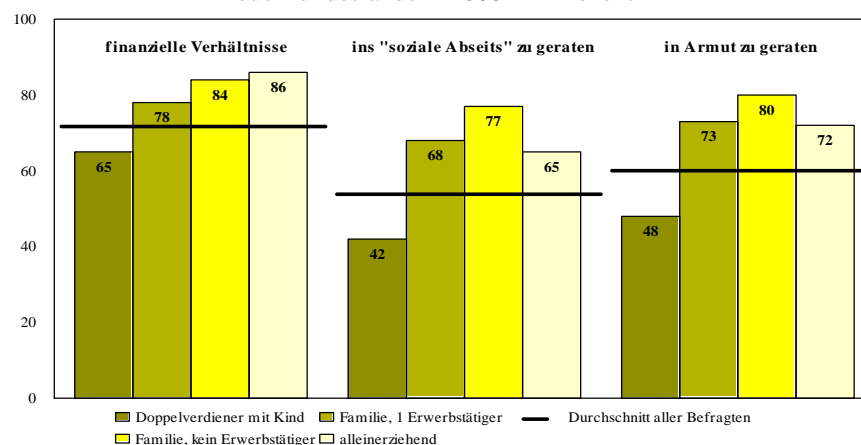
Die von den Befragten der neuen Bundesländer getroffenen Aussagen zu ihren Sorgen und Ängsten lassen für die Gesamtheit folgende Rangfolge für „große“ bzw. „sehr große“ Sorgen erkennen:

- vor weiterem Sozialabbau in Deutschland (81 %),
- in Bezug auf ihre finanziellen Verhältnisse (67 %),
- in Armut zu geraten (56 %),
- ins soziale Abseits zu geraten (48 %).

Es ist nicht zu übersehen, dass es eine hohe soziale Verunsicherung gibt, die sich insbesondere auf den weiteren Sozialabbau - gestützt offensichtlich auf die bisherigen Erfahrungen - bezieht. Die Rangfolge macht auch deutlich, dass nach dem allgemeinen "Sozialabbau" vorrangig negative "finanzielle" Veränderungen und bei einem keineswegs unbedeutenden Teil auch Armutsbedrohung als Ängste hervorgerufen empfunden werden. "Ins soziale Abseits zu geraten", wird von einem "kleineren", aber durchaus fast die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger erfassenden Teil persönlich als besorgniserregend bewertet. Dabei treten deutliche sozialstrukturelle Differenzierungen in folgender Hinsicht auf:

- Durchgängig sind es sowohl Arbeitslose/in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen Tätige als auch die Altersgruppe der 40- bis 60-Jährigen, die am meisten Sorgen und Befürchtungen äußern.
- Frauen bewerten die weitere Entwicklung für sich "beängstigender".
- Befragte, in deren Haushalt wirtschaftlich noch nicht selbstständige Kinder leben und die nicht Doppelverdiener sind, haben überdurchschnittlich mehr Ängste hinsichtlich der finanziellen und materiellen Situation ihrer Familie.

Abbildung 3.2: Sorgen, Ängste und Befürchtungen in Bezug auf...
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

- Die Einkommenslagen der Bürgerinnen und Bürger prägen Sorgen und Ängste um die finanzielle Situation und Armut. Bezieherinnen und Bezieher höherer Einkommen geben erwartungsgemäß deutlich weniger entsprechende Sorgen und Ängste insgesamt an.

Tabelle 3.2: Sorgen, Ängste und Befürchtungen in Bezug auf die finanziellen Verhältnisse und die Angst, "in Armut zu geraten"
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

Euro	individuelles Nettoeinkommen	äquivalenzgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen
	<i>finanzielle Verhältnisse</i>	
unter 1.000	81	87
1.000 - 1.499	66	67
1.500 - 1.999	53	54
2.000 - 2.499	47	40
2.500 und mehr	41	34
	<i>in Armut zu geraten</i>	
unter 1.000	69	82
1.000 - 1.499	53	73
1.500 - 1.999	44	53
2.000 - 2.499	29	40
2.500 und mehr	17	23

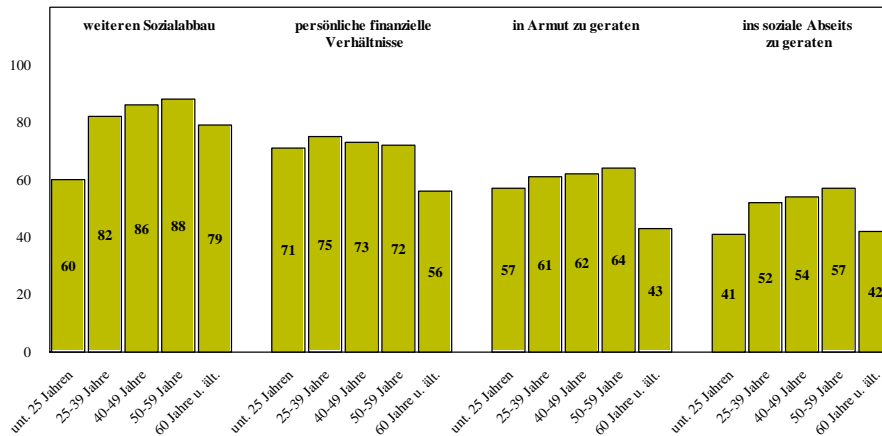
Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Bei den Aussagen der Bürger - über die Jahre verglichen - wird deutlich, dass die noch Mitte der 90er Jahre anzutreffenden hohen Befürchtungen vor Arbeitslosigkeit und ihren Wirkungen inzwischen von der Angst vor stetem Sozialabbau in allen Facetten und Lebensbereichen übertroffen wird.

Es ist darüber hinaus auch festzustellen, dass die mit dem Sozialabbau verbundenen Ängste weniger die jüngeren Jahrgänge berühren, sondern vor allem die mittleren Jahrgänge.

Wenn - wie in der Abbildung 3.3 ersichtlich - ältere Bürger weniger Ängste und Sorgen haben, so ist das nicht einem "hohen Lebensstandard" geschuldet, sondern einem noch existenten höheren Maß an individueller Sicherheit auf (wenn auch zum Teil sinkendes) Einkommen und damit verbundenes Auskommen. Hauptrisiko in dieser Altersgruppe wird Krankheit. Ängste vor Arbeitslosigkeit sowie "Armut trotz Arbeit" verlieren mit dem dauerhaften Ausscheiden aus dem Erwerbsleben an Bedeutung

Abbildung 3.3: "Wie groß sind Ihre Sorgen und Ängste in Bezug auf ...?"
 - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -
 (Antwort: "sehr groß"/"groß")



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

3.2 Erwartungen

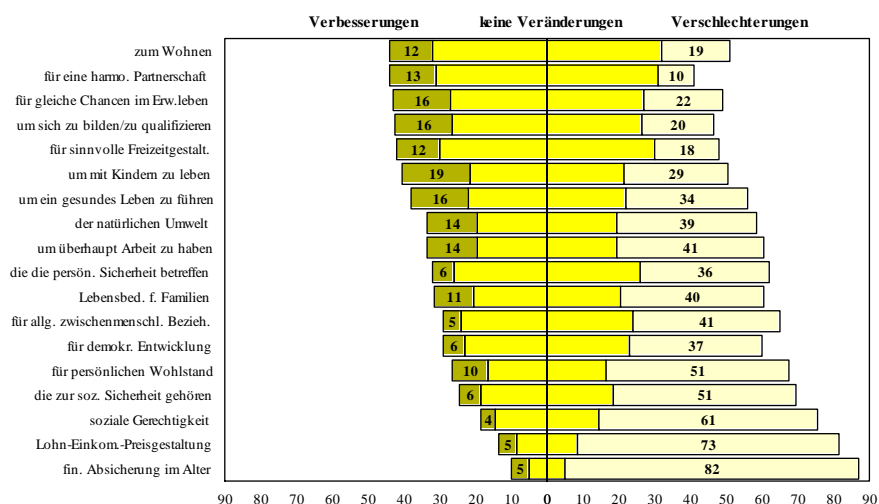
Die Erwartungen an die weitere Entwicklung zwischen den einzelnen Lebensbereichen sind sehr differenziert. Auch die Daten des Jahres 2008 belegen, dass die Hoffnungen auf Verbesserungen insgesamt gering ausgeprägt sind. In den Bereichen mit starken individuellen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten wie Wohnen, Freizeit, Partnerschaft, Bildung erwartet die Mehrheit keine Veränderungen der gesellschaftlichen Bedingungen dafür.

Vor allem für Bereiche, die stärker den politischen Gestaltungsprozessen unterliegen, ist die Annahme von - weiteren - Verschlechterungen charakteristisch. Das betrifft insbesondere die soziale Absicherung im Alter (82 %), die Lohn-Einkommens-Preisgestaltung (73 %), soziale Gerechtigkeit (61 %), soziale Sicherheit (51 %) sowie persönlichen Wohlstand (51 %) (vgl. Abbildung 3.4).

Im Vergleich der Entwicklungen seit 1990 lassen sich auch hier analoge Entwicklungstendenzen erkennen wie bei der Zufriedenheitsbewertung. Es gibt Bereiche mit geringfügigen Veränderungen über den Gesamtzeitraum - das betrifft insbesondere die Erwartungen an die Partnerschaft, aber auch den Freizeitbereich. Zugleich treten inzwischen jene Bereiche hervor, in denen grundlegende positive Veränderungen nach 1990 eintraten, welche den mit der Vereinigung angestrebten Erwartungen entsprachen, in denen aber nach relativ wenigen Jahren keine weiteren grundlegenden Verbesserungen bzw. Verschlechterungen mehr angenommen

werden - das betrifft insbesondere den Bereich des Wohnens und der Umwelt und bis zum Jahr 2001/2002 auch den Gesundheitsbereich.

Abbildung 3.4: "Erwarten Sie in Bezug auf die Bedingungen ...?"
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Nicht zuletzt sind jene Bereiche erkennbar, in denen im Wesentlichen seit Mitte der 90er Jahre tendenziell die Erwartungen von Verschlechterungen zugenommen haben. Das betrifft in besonderem Maße die Einkommens-Preis-Entwicklung, die soziale Sicherheit, die demokratische Entwicklung in der Gesellschaft sowie den Bereich Arbeit (bezogen auf die noch nicht im Rentenalter Stehenden), aber auch zunehmend den Gesundheitsbereich.

Die Realitäten des täglichen Lebens lassen offensichtlich die Bürger aller Altersgruppen der neuen Bundesländer die Erfahrungen sammeln, dass die Marktwirtschaft ihren eigenen Gesetzen folgt, dass auch in der Marktwirtschaft das "Soziale" nichts ein für alle Mal Gegebenes ist, sondern stets neu eingefordert werden muss.

3.3 Zukunftsaussichten

Die 2008 erhobene Frage, ob sich die Zukunftschancen des Einzelnen seiner Meinung nach in den nächsten fünf Jahren verbessern oder verschlechtern würden, wird von fast der Hälfte der Bürger negativ bewertet. 46 % nehmen weitere Verschlechterungen an, nur 11 % gehen von Verbesserungen aus, 28 % sehen für sich keine Veränderungen. Hervorzuheben ist auch der 14 %ige Anteil, der mit "ich weiß nicht" antwortet (vgl. Tabelle 3.3).

Tabelle 3.3: "Wie werden sich Ihre Zukunftsaussichten in den nächsten fünf Jahren verbessern?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

	insgesamt	Geschlecht		Alter				Erwerbsstatus		
		männlich	weiblich	bis 25 Jahre	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. äl.	erw.-tätig	arb.-los
verbessern	11	11	10	39	18	6	3	1	10	9
wie heute	28	29	26	19	25	31	29	31	32	11
verschlechtern	46	46	46	21	36	48	56	58	43	55
ich weiß nicht	14	12	17	21	21	13	11	10	14	25
ohne Antwort	1	1	1		0	1	1	1	1	1

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Kennzeichnend ist der hohe Anteil junger Menschen, die von Verbesserungen ausgehen (39 %), im Vergleich zu den Älteren (1 %), ebenso wie Empfänger hoher Einkommen. Verschlechterungen sehen für sich keineswegs nur die 50- bis 60-Jährigen, sondern inzwischen auch die über 60-Jährigen mit der höchsten Quote (58 %) sowie Arbeitslose (55 %).

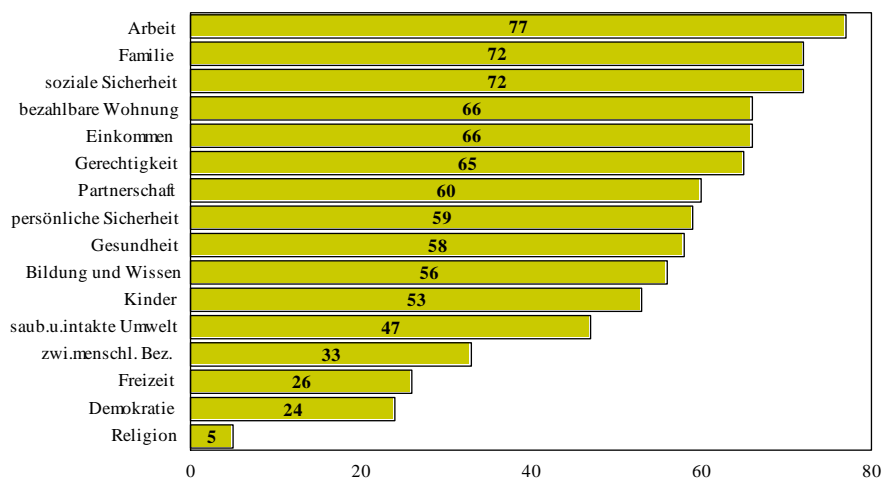
4 Werte

Die Wertestruktur ist nach wie vor durch eine weitgehend stabile Struktur geprägt, in deren Mittelpunkt die Werte Arbeit, Familie und soziale Sicherheit stehen. Bedenklich ist der geringe Stellenwert von Demokratie und zwischenmenschlichen Beziehungen. Das soziale Klima in den neuen Bundesländern wird in der Tendenz zunehmend als "freundlich" für Menschen mit Behinderungen, ältere Bürger und Jugendliche bewertet - im Gegensatz zur Haltung zu Kindern und Ausländern.

4.1 Wertestruktur

Für 77 % aller Bürger ist Arbeit in ihrem Leben sehr wichtig, zugleich ist für 62 % die Familie sehr wichtig ebenso wie für 62 % soziale Sicherheit. Das gilt für alle Altersgruppen gleichermaßen. Frauen messen dabei der Arbeit einen höheren Stellenwert bei (80 %) als Männer (75 %) ebenso wie der sozialen Sicherheit (Frauen 77 % - Männer 66 %) und der Familie (78 % - Männer 65 %).

Abbildung 4.1: "Wie wichtig ist Ihnen ...?" - neue Bundesländer - 2008
- in Prozent - (nur Antwort: "sehr wichtig")



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Für sehr wichtig in ihrem Leben halten die Bürger zugleich bezahlbares Wohnen (66 %), ein der Leistung entsprechendes Einkommen (66 %) sowie soziale Gerechtigkeit (65 %).

Insgesamt ist ein hohes Maß an Übereinstimmung z.B. zwischen Frauen und Männern festzustellen, was eine stärkere Wertorientierung von Frauen auf sozial-familiäre Werte - z.B. bezogen auf Arbeit, Bildung, Kinder, Familie und soziale

Sicherheit - durchaus einschließt. Soziale Sicherheit gewinnt mit dem Alter an Gewicht.

Der Vergleich zu den getroffenen Aussagen vergangener Jahre verweist insgesamt auf eine hohe Stabilität in den Werten und ihren Strukturen, aber auch eine Zunahme des Stellenwertes z.B. für Arbeit (1990 = 65 %) ebenso wie einen doch bedeutenden Werteverlust für ein Leben mit Kindern bei den unter 30-Jährigen von 48 % (sehr wichtig im Jahr 1990) auf 33 % (2008). Hervorzuheben ist hierbei sowohl der deutliche Werteverlust bei jüngeren Frauen (von 62 % auf 45 %) als auch bei Männern (von 36 % auf 22 %).

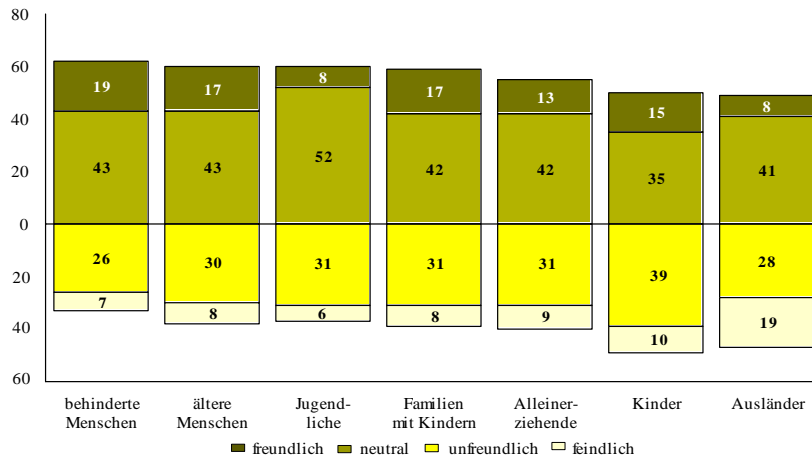
4.2 Soziales Klima

Der Begriff des sozialen Klimas umfasst eine Vielzahl von Aspekten des gesellschaftlichen Zusammenlebens bestimmter Gruppen der Bevölkerung. Es schließt gesellschaftliche Lebensbedingungen, Unterstützungsverhältnisse und direkte zwischenmenschliche Beziehungen ebenso ein wie die Kommunikation in der Öffentlichkeit und im privaten Umfeld, gesellschaftliche Leitbilder, Werte und Erwartungen an die Gestaltung dieser Verhältnisse. In die Bewertung des sozialen Klimas durch die Befragten fließen die Wahrnehmung und Bewertung der gesellschaftlichen Bedingungen ebenso ein wie die Maßstäbe, die die Befragten an die Gestaltung der entsprechenden Bereiche anlegen, und nicht zuletzt auch ihre eigene, individuelle Wahrnehmung der Lebenswirklichkeit der angesprochenen sozialen Gruppen. Die Interpretation von Fragen nach dem sozialen Klima berücksichtigt daher insbesondere beide Aspekte: die gesellschaftlichen Bedingungen und die subjektive Wahrnehmung.

Dabei stellt sich an Hand der Ergebnisse unserer Befragung im Jahr 2008 insgesamt heraus, dass die Wahrnehmung und Bewertung des sozialen Klimas in der Bevölkerung sehr einheitlich erfolgt. Differenzierungen in den Bewertungen des sozialen Klimas ergeben sich nur in einigen ausgewählten Hinsichten. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass die Maßstäbe der Bewertung relativ einheitlich in den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ausgeprägt sind.

Aus der Abbildung 4.2 geht hervor, dass das soziale Klima gegenüber Kindern und Ausländern am schlechtesten bewertet wird. Ansonsten fällt die etwas positivere Bewertung des Klimas gegenüber Jugendlichen auf.

Abbildung 4.2: "Wie ist Ihrer Meinung nach das Klima in der Bundesrepublik Deutschland in Bezug auf ...?" - neue Bundesländer - 2008
- in Prozent* -



* Differenz zu 100 = ich weiß nicht/ohne Antwort

Datenbasis: sfzleben 2008 (gew.)

Diese Ergebnisse sind unterschiedlich einzuordnen. Die annähernd gleiche Bewertung des sozialen Klimas gegenüber Familien, Jugendlichen, älteren Menschen, Alleinerziehenden und Behinderten geht auf Maßstäbe und Leitbilder zurück, die in der Bevölkerung etwa gleich ausgeprägt sind. Diese Maßstäbe sind in der Sozialisation ausgebildet worden und haben sich als Werte in allen Bevölkerungsgruppen verfestigt. Das Ergebnis spiegelt dann in erster Linie die gesellschaftlichen Bedingungen für die Lebensgestaltung in diesen Gruppen und die ihnen zur Verfügung stehenden Unterstützungen wider. Diese werden gleichermaßen mäßig bewertet: nur 13 % bis 19 % der Befragten sind der Meinung, dass das soziale Klima für Behinderte, ältere Menschen, Familien und Alleinerziehende freundlich ist, immerhin noch 42 % bis 43 % bewerten das Klima als neutral, was ausdrückt, dass wenigstens keine gravierenden Einschränkungen hingenommen werden müssen. Aber immerhin noch 26 % bis 31 % sind der Auffassung, dass das Klima diesen Gruppen gegenüber unfreundlich ist, und ein Teil (unter 10 %) der Befragten bewertet das Klima direkt als feindlich. Eine Abweichung erfährt die Beurteilung des sozialen Klimas gegenüber Jugendlichen dahingehend, dass zwar weniger meinen, das Klima sei jugendfreundlich, aber über 50 % es für neutral halten.

Die Beurteilung des Klimas gegenüber Kindern erfolgt vor einem etwas anderen Hintergrund. Auch in dieser Hinsicht hat sich in den Werten der Bevölkerung eine hohe Bedeutungszuschreibung ergeben. Allerdings ist die Wertbindung gegenüber

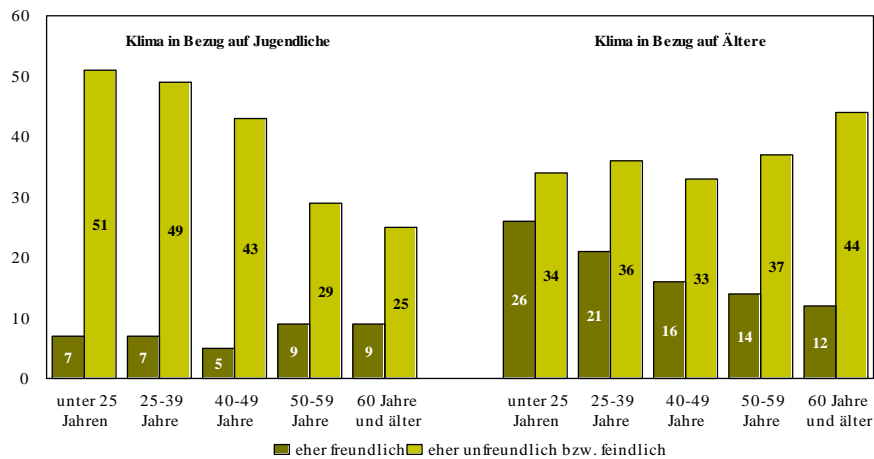
einem Leben mit Kindern rückläufig (vgl. Abschnitt 4.1). Ob sich diese Entwicklung in der Wichtigkeit des Lebens mit Kindern auf einen Wandel der Werte hin zu eher hedonistischen Wertbeziehungen zurückführen lässt oder ob es sich dabei um eine Reflexion der gesellschaftlichen Bedingungen (also des Klimas gegenüber Kindern) handelt, ist an dieser Stelle nicht zu beantworten. Im letzteren Fall würde das auf eine "Negativspirale" zwischen der Wertbindung und der Bewertung des sozialen Klimas hindeuten: Man schätzt das Leben mit Kindern als weniger wichtig ein, weil die gesellschaftlichen Bedingungen (wozu nicht nur staatliche Leistungen gehören) es nicht zuzulassen scheinen und man bewertet die gesellschaftlichen Bedingungen negativ, weil sie der eigenen, sinkenden Bedeutungszumessung entsprechen.

Anders dagegen verhält es sich mit der Bewertung des sozialen Klimas gegenüber Ausländern. Diese Bewertung fällt ebenfalls sehr schlecht aus. Die Befragten konstatieren mithin zu 47 % ein Ausländern gegenüber unfreundliches bis ausländerfeindliches Klima. Diese Einschätzung beruht aber nicht auf einer mehrheitlich verbreiteten positiven Einstellung gegenüber Ausländern (vgl. Abschnitt 11). Im Gegenteil, die Einstellungen gegenüber Ausländern sind erschreckend negativ. Es gibt einen signifikanten Bevölkerungsteil, der zwar der Auffassung ist, dass das Klima gegenüber Ausländern mindestens unfreundlich ist, aber gleichzeitig auch selbst erhebliche Vorbehalte gegenüber Ausländern hegt. In dieser Frage scheinen die Maßstäbe für die Beurteilung der gesellschaftlichen Bedingungen und Verhältnisse von den eigenen, im persönlichen Leben als wichtig erachteten Maßstäben auseinander zu gehen. Oder aber man muss das Ergebnis dahingehend deuten, dass die als unfreundlich eingeschätzten gesellschaftlichen Bedingungen persönlich für gut befunden werden. In beiden Fällen gibt das Ergebnis sehr zu denken.

Differenzierungen der Bewertung des sozialen Klimas in verschiedenen sozialen Gruppen gibt es in nennenswerter Größe nur im Hinblick auf die beiden Gruppen der Jugendlichen und der älteren Menschen. In beiden Fällen betreffen die unterschiedlichen Einschätzungen wiederum das Alter. Die unterschiedlichen Altersgruppen bewerten das Klima gegenüber Jugendlichen und älteren Menschen jeweils unterschiedlich. So bewerten das Klima gegenüber Jugendlichen 7 % der Jüngeren selbst und 9 % der über 60-Jährigen als freundlich, aber 51 % bei den Jüngeren und nur 25 % bei den Älteren als feindlich bzw. unfreundlich.

Ähnlich verhält es sich bei Klima gegenüber älteren Menschen. Auch hier unterscheiden sich die Bewertungen der Jüngeren von denen der Älteren. 26 % der unter 25-Jährigen bewerten das Klima gegenüber Älteren als freundlich, aber nur 12 % der Älteren. Demgegenüber bewerten 34 % der Jungen das Klima gegenüber den Älteren als unfreundlich bis feindlich, aber 44 % der über 60-Jährigen.

Abbildung 4.3: Soziales Klima gegenüber Jugendlichen und Älteren
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

4.3 Bewertung der eigenen sozialen Entwicklung/Schichtzuordnung

Die Entwicklung der Lebensverhältnisse seit 1990 wird in den neuen Bundesländern überwiegend positiv beurteilt, zugleich aber die Stagnation des Angleichungsprozesses seit Mitte der 90er Jahre kritisch wahrgenommen. Vor allem die Jahre zwischen 2002 und 2006 waren für viele Bürger/-innen mit Einschnitten in ihren Lebensverhältnissen verbunden.

Die eigene Entwicklung in den letzten fünf Jahren sehen nur 14 % vor allem als Aufstieg, 34 % als Abstieg. Die Bewertung ist vorrangig altersabhängig. Daneben sind es diejenigen mit den höchsten Haushaltseinkommen (28 % derer mit einem Haushaltseinkommen von mehr als 2.500 Euro), die ihre Entwicklung als sozialen Aufstieg werten. Im Gegensatz dazu sehen die Altersgruppen der 50- bis 59-Jährigen (44 %), die Geringverdiener mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.000 Euro (49 %) sowie insbesondere die Arbeitslosen (76 %) ihre Entwicklung überdurchschnittlich als sozialen Abstieg. Mit steigender beruflicher Qualifikation nimmt der Anteil derjenigen, die ihre Entwicklung weder als Aufstieg noch als Abstieg sehen, zu ebenso wie bei Beziehern eines individuellen Nettoeinkommens über 1.500 Euro monatlich.

Tabelle 4.1: "Wie bewerten Sie Ihre eigene Entwicklung in den letzten 5 Jahren?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

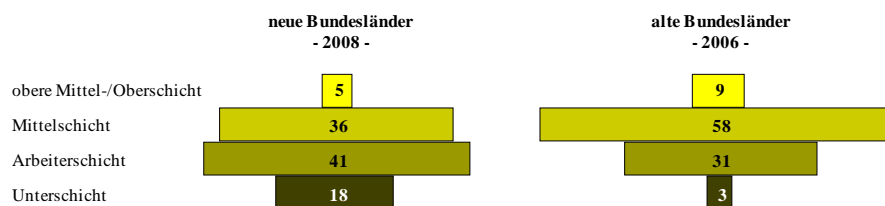
	NBL insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	bis 25 Jahre	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. äl.	erw.-tätig	arb.-los
als sozialen Aufstieg	14	15	11	33	21	13	8	4	18	3
eher als Abstieg	34	33	34	13	33	37	44	34	26	76
weder/noch trifft nicht zu/ ohne Antwort	44	44	43	41	43	45	44	45	51	19
	8	7	10	14	3	4	3	15	5	1

Datenbasis: sfz/leben 2007/sachsen-anhalt (gew.)

Die von den Bürgern vorgenommene Selbsteinschätzung, welcher sozialen Schicht sie sich zuordnen, belegt:

- Die Mehrheit der Bürger ordnet sich der Unter- (16 %) oder der Arbeiterschicht (36 %) zu. Sie nimmt eine in allen neuen Bundesländern im Wesentlichen gleiche Zuordnung vor, die sich deutlich von den alten Bundesländern unterscheidet.
- Eine Zuordnung zur Unterschicht nehmen vor allem Arbeitslose (55 %) vor sowie Bezieher von einem Nettoeinkommen unter 1.000 Euro (34 %).
- Der oberen Mittelschicht bzw. Oberschicht fühlen sich zugehörig: 14 % aller Hochschulabsolventen, 18 % der Beamten, 14 % der Empfänger eines Nettoeinkommens über 2.500 Euro.

Abbildung 4.4: Subjektive Schichtzuordnung* - in Prozent - (nur Antworten derer, die sich zuordnen)



* reflektiert die strukturelle Ungleichheit zwischen den sozialen Positionen der Menschen, die sich auf Einkommens-, Prestige- und Einflussunterschieden begründen

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.), Bundeszentrale für politische Bildung: Datenreport 2008, Bonn 2008, S. 178

5 Demokratie

Der Stellenwert von Demokratie ist - im Vergleich zu 1990 - deutlich gesunken, ebenso wie das politische Interesse. Wahlen werden nur von einem Viertel der Bürger als hinreichend empfunden. Außerparlamentarische Formen der Mitwirkung gewinnen an Gewicht.

Es gibt ein hohes bürgerschaftliches Engagement (67 %), insbesondere im Freizeit- und Sozialbereich.

5.1 Demokratiezufriedenheit - politische Interessen

Grundlegende Anliegen der Bürgerbewegung 1989/1990 waren das Erreichen von mehr demokratischer Mitwirkung und Mitbestimmung, die Überwindung eines de facto Ein-Parteien-Systems und des kaum vorhandenen Spielraums für bürgerschaftliches Engagement (mit Ausnahme im Breitensport, Kultur und Sozialarbeit - z.B. DRK, Volkssolidarität).

In einer demokratischen Gesellschaft zu leben, ist für 24 % der Bürger sehr wichtig und für 42 % wichtig. Der Stellenwert der Demokratie nimmt im Gegensatz zu 1990 (54 % sehr wichtig/34 % wichtig) keinen so hochwertigen Platz mehr ein, sondern ist gegenüber der Arbeit, Familie und sozialen Sicherheit nachrangig. Trotz der erreichten Fortschritte gibt es inzwischen (2008) eine niedrige Demokratiezufriedenheit (12 %) und hohe Unzufriedenheit (47 %). Das politische Interesse ist insgesamt rückläufig, es erfolgt eine unverkennbare Hinwendung zu sach- und ortsbezogenen Bürgervereinigungen und Wahlbündnissen (vgl. Wahlen in Bayern und Brandenburg - Herbst 2008).

Tabelle 5.1: "Wie stark interessieren Sie sich für Politik?"
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	bis 25 Jahre	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. äl.	erw.-tätig	arb.-los
sehr stark	13	21	6	16	9	11	15	15	11	14
stark	23	30	16	16	19	19	27	28	23	17
mittel	35	30	39	30	36	35	36	35	39	37
wenig	20	13	26	23	23	24	15	17	18	26
überhaupt nicht	9	6	12	16	12	10	6	4	8	15
ohne Antwort	1	1	1		0	1	1	1	1	1

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

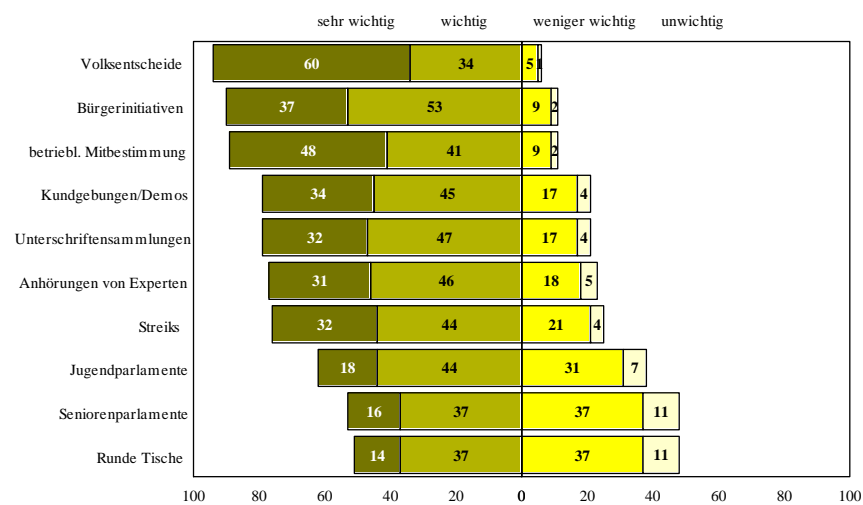
Die Haltung junger Menschen ist stark polarisierend und sowohl durch überdurchschnittliche Anteile mit sehr starkem Interesse als auch mit wenig/kein Interesse

charakterisiert. Starkes Interesse haben auch Hochschulabsolventen, Beamte, Empfänger höherer Einkommen und Stadtbewohner. Insbesondere Frauen haben geringeres Politikinteresse ebenso wie Empfänger niedriger Einkommen und Alleinerziehende.

Die Ergebnisse belegen, dass die Beteiligung an Wahlen nur von 22 % der Bürger als ausreichend für ihr "demokratisches Engagement" bewertet wird, für 28 % reicht es teilweise, für 37 % reicht es nicht - 12 % haben dazu keine Meinung.

Die wirksamsten Formen demokratischer Mitwirkung sind nach Auffassung der Befragten Volksentscheide und die betriebliche Mitbestimmung/Betriebsräte (60 bzw. 48 %). Danach folgen Bürgerinitiativen, Kundgebungen und Streiks. Die meisten dieser an vorderen Positionen genannten Formen demokratischer Mitwirkung zeichnet aus, dass sie unmittelbar auf die spezifischen Interessenlagen der Menschen bezogen sind und eher zeitweiligen Charakter haben.

Abbildung 5.1: "Welche Formen demokratischer Mitwirkung sehen Sie als wichtig an?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent (nur Befragte mit getroffenen Aussagen)

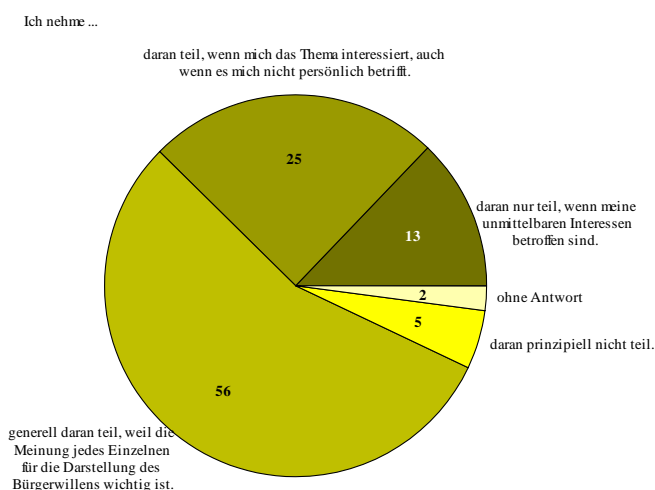


Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.), entnommen aus Reinhard Liebscher: Ausgewählte Aspekte der Erhebung "Leben 2008" zu Fragen der Kinderarmut und Demokratieentwicklung, SFZ, Berlin 2008, S. 25

Mit der Befürwortung einer generellen Teilnahme an Bürgerbegehren oder Volksentscheiden drücken mehr als die Hälfte (56 %) der Bürger ihr grundlegendes Interesse an der Mitwirkung in demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen aus. Ruft das Thema Interesse hervor, auch ohne persönlich davon betroffen zu sein, sieht noch ein Viertel der Bürger darin einen Grund zur Teilnahme. 13 % drücken ihr Interesse an einer Teilnahme an Volksentscheiden nur dann aus,

wenn sie durch die Entscheidung unmittelbar betroffen sind. Schließlich geben nur 5 % der Befragten an, sich nicht an einem Volksentscheid beteiligen zu wollen (2 % ohne Antwort).

Abbildung 5.2: Gründe für die Teilnahme an Bürgerbefragungen, Bürgerbegehren und/oder Volksentscheiden - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.), entnommen aus Liebscher, Reinhard: Ausgewählte Aspekte der Erhebung "Leben 2008" zu Fragen der Kinderarmut und Demokratieentwicklung, a.a.O., S. 27

5.2 Bürgerschaftliches Engagement

Im Rahmen von Verbänden, Vereinen und Parteien gibt es insgesamt ein hohes bürgerschaftliches Engagement. Rund zwei Drittel aller Bürger sind Mitglieder in Vereinen, Verbänden und Organisationen in den neuen Bundesländern, bei hohem Anteil von Doppel- und Mehrfachmitgliedschaften.

Charakteristisch ist der altersabhängige strukturelle Wandel in den Mitgliedschaften ab dem 70. Lebensjahr mit deutlichem Rückgang in "freizeitorientierten" Vereinen und Zunahme der Mitgliedschaften in Wohlfahrtsverbänden sowie Religionsgemeinschaften. Der hohe Anteil unter 25-Jähriger in den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden ist vor allem durch eine Mitgliedschaft im DRK begründet.

Rd. 50 % aller Bürger sind - unabhängig von Mitgliedschaften in Parteien und Gewerkschaften - in Vereinen Mitglied bzw. aktiv. Das betrifft in besonderem Maße Sport- und Kleingartenvereine sowie Sozial- und Wohlfahrtsverbände.

19 % der Bürger sind Mitglied eines Sozial- und Wohlfahrtsverbandes. Von ihnen ist rd. ein Viertel (25 %) Mitglied in mehreren Verbänden/Vereinen. Die Mitgliedschaft reflektiert die für die neuen Bundesländer typischen Strukturen mit höherem Anteil der Verbände, die vor allem Dienstleistungsstrukturen entwickeln bzw. eine breite Mitgliederarbeit aufweisen.

Tabelle 5.2: Mitgliedschaften - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahren	26-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 Jahre u.ält.	erw.-tätig	arb.-los
insgesamt	67	66	68	58	57	64	70	78	65	57
dar. in:										
Vereinen*	51	48	53	41	44	47	53	60	49	42
Sportverein	22	23	20	21	23	26	21	18	26	16
Kleingartenverein	15	15	16	3	8	10	20	26	11	16
Sozial-/Wohlf.-verbände	19	14	23	12	9	11	20	32	13	15
Gewerkschaften	15	17	12	12	10	14	22	15	17	12
Parteien	4	6	3	4	3	3	4	4	4	4
Religionsgemeinschaften	22	21	24	22	20	16	17	30	18	19

* außer Gewerkschaften/Parteien/Religionsgemeinschaften

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

6 Sozialreformen

Das Vertrauen in staatliche und soziale Institutionen ist gering. Die Bürger der neuen Bundesländer sind für Sozialreformen, die auch soziale Gleichheit und Gerechtigkeit bringen. Materielle und finanzielle Forderungen sind dem nachgeordnet.

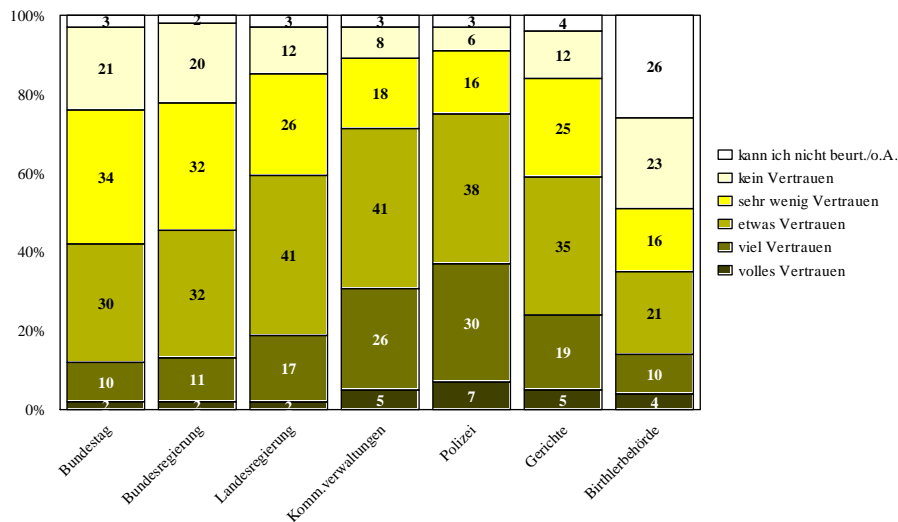
Die bisherigen Sozialreformen werden von über der Hälfte der Bürger mit Verlusten und nur von 4 % mit Gewinnen verbunden.

Die Missbrauchsdebatten zeigen eine den realen Bedingungen nicht entsprechende Wirkung im Denken der Bürger.

6.1 Institutionenvertrauen - Staat und Sicherungssysteme - Gerechtigkeit

Das Vertrauen in Bundes-, Landes- und örtlichen Institutionen ist insgesamt gering ausgeprägt. Waren Anfang der 90er Jahre die Erwartungen an die gesellschaftlichen Institutionen relativ hoch, so ist das in sie gesetzte Vertrauen seit Beginn des neuen Jahrtausends - nicht zuletzt im Ergebnis nicht eingelöster Versprechungen sowie direkter Eingriffe in die sozialen Sicherungssysteme und nach wie vor ungelöster Probleme in der Angleichung der Lebensverhältnisse - erkennbar niedrig.

Abbildung 6.1: "Wie groß ist Ihr Vertrauen in nachfolgende Institutionen?"
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Am stärksten ausgeprägt ist seitens der Ostdeutschen (2008) das Vertrauen zur Polizei (37 % volles/viel Vertrauen - bei steigender Tendenz: 1993 = 20 %) sowie zu den Stadt- bzw. Gemeindeverwaltungen (31 %). Bundestag (12 %) und Bundes-

regierung (13 %) genießen in geringstem Maße volles/viel Vertrauen. Bei unter 25-Jährigen (22 %), Hochschulabsolventen (20 %), Beziehern höherer Einkommen (24 %) ist das Vertrauen in die Bundesregierung am höchsten, am geringsten bei Arbeitslosen (72 % kein Vertrauen) und der Altersgruppe der 50- bis 60-Jährigen (64 %). Den größten Vertrauensabfall gibt es bei älteren Bürgern (vgl. Abbildung 6.1). Inzwischen ist auch das Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme in hohem Maße verloren gegangen. Nur jeder zehnte Bürger hat hinsichtlich der nächsten Jahre Vertrauen in die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Rund die Hälfte (53 %) äußert teils/teils und über ein Drittel (36 %) hat wenig bzw. kein Vertrauen. Dabei sind keine generellen sozio-demografischen unterschiedlichen Bewertungen hervorzuheben - die Auffassungen stimmen über alle sozialen Schichten und Gruppen im Wesentlichen überein.

Auch bezogen auf einzelne Versicherungszweige ist das Vertrauen nur gering. Sehr großes bzw. großes Vertrauen haben in die Krankenversicherung 17 % der Befragten, die Arbeitslosenversicherung 14 %, die Pflegeversicherung 12 % und in die gesetzliche Rentenversicherung 11 %. Das ist ohne Zweifel nicht allein dem bereits erfolgten Abbau von Sozialleistungen geschuldet, sondern einer permanenten Diskussion um weitere Kürzungen in allen Bereichen der Sozialpolitik.¹

Tabelle 6.1: "Wie groß ist Ihr Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme, wenn Sie an die nächsten fünf bis zehn Jahre denken?"
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u.ält.	erw.-tätig	arb.los.
sehr groß/groß	10	11	10	15	10	6	7	13	8	10
teils/teils	53	55	51	60	57	50	49	50	56	45
klein	28	26	30	19	24	34	34	26	29	34
gar keins	8	7	9	6	8	9	7	8	7	10
ohne Antwort	1	1	2		0	1	1	3	1	1

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

6.2 Sozialreformen - Ziele und Inhalt

Sozialreformen, ihre erklärten Ziele und realen Wirkungen werden vom Bürger in unterschiedlichem Maße verstanden und reflektiert. Betrachtet man die vorliegenden Ergebnisse der Analyse zu den Auffassungen der ostdeutschen Bürger zu Sozialreformen, so ist hervorzuheben, dass die Bürger für den Sozialstaat sind und

¹ Vgl. hierzu detailliert: Sozialreform und soziale Sicherungsziele, SFZ-Studie im Auftrag der Volkssolidarität, Berlin 2008.

ihn zu reformieren für dringend erforderlich halten. Die Tatsache, dass 86 % der Bürgerinnen und Bürger einer notwendigen Reformierung zustimmen, drückt ein deutliches Bekenntnis zum Sozialstaat aus. Klar wird aber auch, dass die bisherigen Reformschritte nicht ausreichen und der Sozialstaat nach wie vor in der Verantwortung für eine Gestaltung sozialer Rahmenbedingungen im Interesse aller sozialen Gruppen steht.

Tabelle 6.2: "Ist Ihrer Meinung nach die Reformierung des Sozialstaates notwendig?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u.ält.	erw.-tätig	arb.los/apM.
ja	49	54	44	45	50	49	54	47	51	51
teilweise	37	36	38	39	41	39	32	34	39	32
nein	3	4	2	1	2	4	4	2	2	6
ich weiß nicht	8	4	12	14	6	7	6	9	6	10
ohne Antwort	3	3	4		1	2	3	8	2	1

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Dabei geht es den Bürgern nicht um "mehr Staat" im Sinne einer "Vollkaskomentalität", sondern der erhobene Anspruch an Sozialreformen ist vorrangig mit Maßnahmen zur Herstellung von Chancengleichheit in den Bereichen Bildung, Gesundheit und zwischen den Geschlechtern verbunden und erst dann mit Maßnahmen zur Einkommenssicherung im Erwerbsleben und im Alter sowie Gewährleistung von Vollbeschäftigung².

6.3 Gewinne - Verluste

Die Wirksamkeit der vergangenen Sozialreformen läuft vielfach an den Interessen vieler Menschen vorbei. Das belegt im Besonderen der hohe Anteil an Bürgern, die sich als Verlierer bisheriger Maßnahmen fühlen und trotzdem Sozialreformen für notwendig erachten (55 %). Nur 4 % der Bürger der neuen Bundesländer sehen sich als Gewinner der Sozialreformen, aber 57 % als Verlierer (insbesondere Arbeitslose und 50- bis 60-Jährige).

Die Bewertung der Wirksamkeit der bisherigen Sozialreformen auf die Situation des einzelnen Bürgers ist überwiegend negativ. Nur 4 % der Bürger sehen die bisherigen Sozialreformen für sich als Gewinn, für 24 % sind diese sowohl mit Gewinnen als auch mit Verlusten verbunden. Die Mehrheit (57 %) sieht für sich vor

² Vgl. dazu die Darlegungen in: Sozialreform und soziale Sicherungsziele, SFZ-Studie im Auftrag der Volkssolidarität, Berlin 2008, S. 13.

allem Verluste (14 % trifft nicht zu/2 % ohne Antwort). Verluste beklagen im besonderen Maße die Altersgruppen der 50- bis 60-Jährigen (67 %), die Arbeitslosen (82 %) sowie Bürger mit einem Haushaltsnettoeinkommen/pro Kopf unter 750 Euro (69 %).

Tabelle 6.3: "In den letzten Jahren hat es eine Vielzahl von Maßnahmen zum Umbau des Sozialstaates (Sozialreformen) gegeben. Wenn Sie das bezogen auf Ihre Situation betrachten, haben Sie dadurch ...?"
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jah.	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u.ält.	erw.-tätig	arb.los/apM.
vor allem Gewinne	1	2	0	2	2	0	0	1	1	
mehr Gewinne als Verluste	3	3	3	7	3	2	2	3	4	0
Gewinne/Verluste sind gleich groß	24	24	24	19	26	25	21	25	27	15
mehr Verluste als Gewinne	43	43	42	35	45	46	48	40	47	49
vor allem Verluste	14	15	13	3	13	17	19	15	10	33
trifft für mich nicht zu	14	13	15	33	11	9	8	14	10	3
ohne Antwort	2	1	2	2	0	1	1	3	2	0

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Als wirkliche Gewinner der Sozialreformen werden vor allem die Banken und Versicherungen (76 %), der Staat (62 %) sowie Unternehmer (53 %) angesehen, während als "Verlierer" Arbeitnehmer (66 %), Arbeitslose (58 %), Senioren (55 %), Kinder und Jugendliche (45 %) sowie behinderte Menschen (40 %) benannt werden.

In den letzten Jahren haben die Diskussionen um Privatisierung und Individualisierung des Sozialen sowie individuellen Missbrauchs erneut zugenommen. Leistungsempfänger stehen immer wieder unter medialem Generalverdacht des Missbrauchs.

Das Problem ist, dass diese Diskussionen Wirkung zeigen und die öffentliche Meinung gezielt beeinflussen. Dafür stehen folgende Fakten: Rd. 60 % aller Bürger unterstützen die Auffassung, dass die Notwendigkeit, den Sozialstaat zu reformieren, auch am Missbrauch von Sozialleistungen durch einzelne Bürger liegt, nur

17 % wenden sich dagegen (insbesondere Empfänger von Sozialleistungen und Bürger mit höheren Einkommen). Während im Allgemeinen von einer Missbrauchsquote z.B. bei Hartz IV von 0,5 %³ ausgegangen wird, stehen - im Ergebnis o.g. einseitiger Darstellungen - die Annahmen der Bürger dem fundamental entgegen und unterstützen damit ungewollt eine auf weitere Leistungssenkungen orientierende Politik.

Die Untersuchungen bestätigen: Die Bürger erwarten auch in den nächsten Jahren zunehmende finanzielle Belastungen im Sozialbereich und eine Abnahme der dafür gewährten Leistungen. Das ordnet sich in eine Entwicklung weiteren Sozialabbaus u.a. über sinkende Lohnquoten, künftig abnehmende Rentenzahlbeträge und sinkende Realeinkommen ein.

³ Simone Leiber/Till Müller-Schoell/Britta Seine: Missbrauch und Kostenexplosion bei Hartz IV? WSI-Thesen zur aktuellen Reformdiskussion, Düsseldorf 2005; vgl. auch: Familienarmut - die Kinder kommen zuerst, in: Böckler-Impuls 14/2008, S. 5.

7 Identifikation

Vier von zehn Bürgern der neuen Bundesländer sehen sich als Gewinner der Vereinigung, bei drei von zehn gleichen sich Gewinne und Verluste aus. Zugleich ist in der Tendenz eine abnehmende Identifikation mit der Bundesrepublik, dem jeweiligen Bundesland, Ostdeutschland, der Gemeinde usw. festzustellen. Rund zwei Drittel der Bürger fühlen sich noch nicht völlig heimisch in der Bundesrepublik - bei deutlichen Altersunterschieden. Die vorhandenen Wünsche auf "Restaurierung" der DDR-Verhältnisse resultieren vorrangig aus sozialen Gegebenheiten der Gegenwart.

Die Vereinigung Deutschlands ist und bleibt vorrangig Ergebnis der friedlichen Revolution der ostdeutschen Bevölkerung, getragen und gewollt von der Mehrheit der Bürger, bei allen Unterschieden in der Motivation. Inzwischen sind rd. 18 Jahre vergangen, mit Höhen und Tiefen, mit Fortschritten und Rückschlägen, mit Zugewinnen und Verlusten in diesem oder jenem Bereich.

Insgesamt sehen sich 39 % der Ostdeutschen eher als Gewinner der deutschen Vereinigung, für 29 % halten sich Gewinne und Verluste die Waage und 28 % sehen sich eher als Verlierer (5 % trifft nicht zu/ohne Antwort).

Als Gewinner betrachten sich insbesondere Bezieher von einem Individualeinkommen über 2.000 Euro (73 %), Beamte (70 %), nach 1990 Zugezogene (68 %), Hochschulabsolventen (54 %) sowie jüngere Bürger (51 %). Als Verlierer sehen sich Arbeitslose (55 %), untere Einkommensgruppen (45 %), Arbeiter (35 %) sowie die mittleren Altersgruppen (37 %).

Tabelle 7.1: "Sind achtzehn Jahre Deutsche Einheit für Sie insgesamt gesehen...?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	bis 25 Jahre	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	arb.-los
vor allem Gewinne	16	22	10	25	20	14	11	13	17	4
mehr Gewinne als Verluste	23	25	20	26	21	23	24	21	27	12
Gewinne und Verluste sind gleich	29	26	33	23	28	26	26	36	31	26
mehr Verluste	21	19	23	9	18	26	27	21	17	39
vor allem Verluste	7	6	8	1	6	10	10	6	5	16
trifft nicht zu/ohne Antwort	5	3	6	15	6	1	2	2	3	4

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Über den Gesamtzeitraum seit der erstmaligen Erhebung dieser Frage 1994 hat der Anteil derer, für welche die Vereinigung vor allem bzw. mehr mit Verlusten verbunden ist, eine steigende Tendenz (1994 = 17 %).

Zugleich folgen die Bewertungen politischen Veränderungen und Erwartungen. Das wird deutlich an der Zunahme negativer Wertungen am Ende der Kohl-Ära (1998), der kurzzeitigen Verbesserung bzw. Belebung nach Bildung der rot-grünen Koalition ("Schröder-Bonus") und der steten Zunahme von Verlust-Bewertungen zwischen 2000 und 2005, mit dem Spitzenwert im Jahr 2005.

Die 2008 erhobenen Gesamtaussagen verweisen mit aller Deutlichkeit auf die nach wie vor nicht vollendete Einheit. Nach der politischen Vereinigung kam der Angleichungsprozess relativ rasch zum Erliegen. Bis in die Gegenwart existieren zwei Wirtschaftsgebiete, zwei Ausbildungs- und Arbeitsmärkte, zwei Rentenrechtsgebiete, zwei Tarifgebiete, zwei Gebiete unterschiedlicher Wertestrukturen und Sichten auf Gegenwart und Vergangenheit sowie den Chancen Einheimischer, in die "Eliten" aufzusteigen. Die Integration der Mehrheit der Ostdeutschen ist insgesamt - bei allen anerkannten Fortschritten - noch nicht erreicht worden.

Das findet seinen Ausdruck auch in der von den Bürgern vorgenommenen Bewertung der Identifikation mit der Bundesrepublik.

Auf die Frage nach der Identifikation mit der Bundesrepublik antworten 22 % der Bürger, dass sie sich als "richtige Bundesbürger" fühlen (insbesondere höhere Einkommensgruppen (über 2.000 Euro - 41 %), unter 25-Jährige (40 %), Beamte (37 %) sowie Hochschulabsolventen (32 %)). "Ich möchte am liebsten die DDR wiederhaben" geben 11 % der Befragten an. Dabei handelt es sich vor allem um Arbeitslose (23 %), Frauen (13 %) und Bezieher von Niedrigeinkommen mit unter 750 Euro Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommen (20 %).

Tabelle 7.2: "Als was fühlen Sie sich nach 18 Jahren deutscher Einheit?"
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

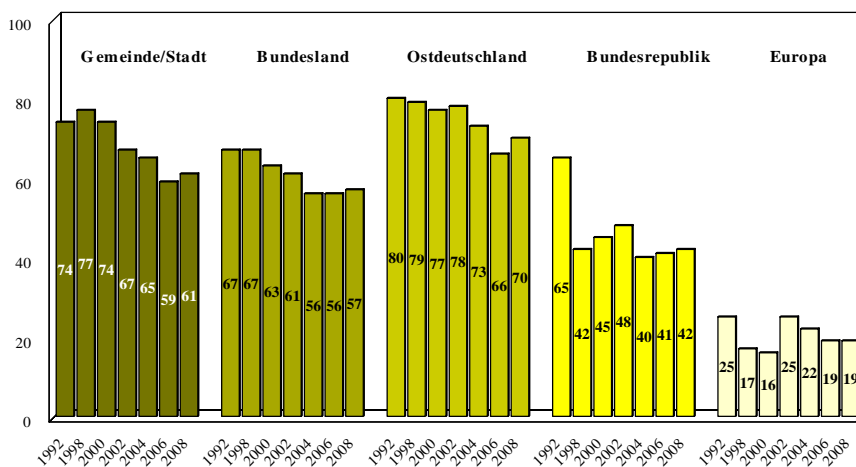
	ins- ge- samt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männ- lich	weib- lich	bis 25 Jahre	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. äl.	erw.- tätig	arb.- los
richtige Bundesbürger	22	27	19	40	26	18	16	19	22	8
DDR wiederhaben	11	8	13	12	8	12	12	10	7	23
weder noch	62	60	63	38	61	65	67	67	65	64
nach 1990 zugezogen bzw. ohne Antwort	5	5	5	9	5	6	5	3	6	5

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Zwei Aspekte sind hervorzuheben. Es geht vielen Befragten, welche angeben, "die DDR wieder haben zu wollen", um die Möglichkeit der Teilnahme am Erwerbsleben - für sich und für Familienangehörige - sowie um ein auf eigener Erwerbstätigkeit beruhendes Einkommen. Beleg dafür ist der mehr als doppelt so hohe Anteil derer, die "die DDR wiederhaben wollen" unter den Arbeitslosen im Vergleich zu allen Befragten. Die gleichberechtigte Integration ins Erwerbsleben würde den Anteil dieser Gruppe radikal senken. Zum anderen ist hervorzuheben, dass sich Großstädter (über 100.000 Einwohner) zu 31 % integriert fühlen und Bewohner von Gemeinden unter 1.000 Einwohner zu 19 % die "DDR wiederhaben wollen". Auch hier reflektieren sich die unterschiedlichen Möglichkeiten der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Integration.

Vergleicht man die Entwicklungen in den vergangenen Jahren, so ist festzustellen, dass es eine generell abnehmende kommunale und regionale Verbundenheit mit fast allen Bezugspunkten zur jeweiligen Gemeinde/Stadt, zum Bundesland, zu Ostdeutschland, zur Bundesrepublik gibt. Die Verbundenheit mit dem jeweiligen "engeren" und "weiteren" Lebensumfeld ist rückläufig.

Abbildung 7.1: Verbundenheit mit der Region - neue Bundesländer - 1992 bis 2008 - in Prozent - (nur Antwort: "ziemlich stark"/"stark")



Datenbasis: sfz/leben 1992-2008 (gew.)

Während sich 70 % der Bürger der neuen Bundesländer insgesamt stark mit Ostdeutschland verbunden fühlen, geben nur 42 % dies auch für die Bundesrepublik an. Die Bindung an das jeweilige Bundesland bzw. die Gemeinde/Stadt ist im Vergleich dazu höher (57 % bzw. 61 %).

Die Verbundenheit mit Ostdeutschland ist bei über 60-Jährigen am höchsten (78 %) und bei unter 25-Jährigen am niedrigsten (60 %). Fach- und Hochschulabsolventen (75 %) fühlen sich ebenso wie Bewohner kleiner Gemeinden (74 %) am stärksten mit Ostdeutschland verbunden.

Die Verbundenheit mit der Bundesrepublik wird überdurchschnittlich hoch von Beamten (65 %) und unter 25-Jährigen (59 %) ausgewiesen.

Inwieweit dies auch ein Indikator ist für die zunehmende Mobilität und damit abnehmende territoriale und regionale Bindungen, bleibt weiteren Untersuchungen vorbehalten.

8 Einkommen - Armut

Die Entwicklung der individuellen und Haushaltseinkommen ist in den letzten Jahren weitgehend zum Erliegen gekommen.

Die im Einigungsvertrag festgelegte Einkommensangleichung wird immer weniger angenommen. Rentner gehen nicht davon aus, sie noch zu erleben.

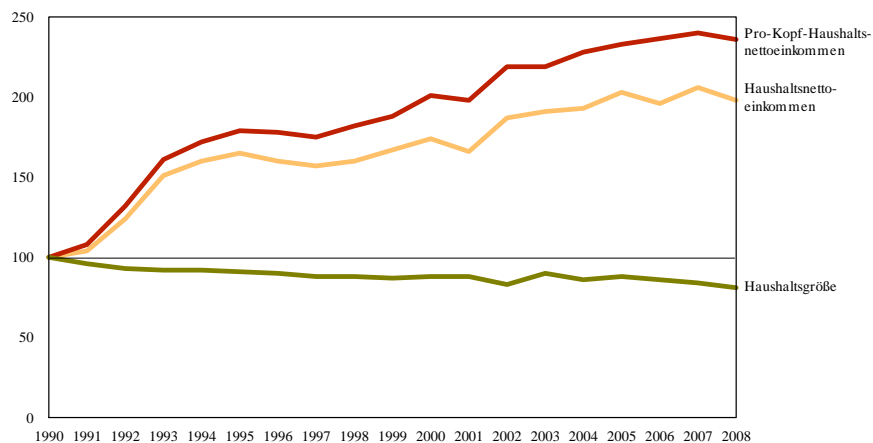
Es gibt eine zunehmend empfundene Armutsbedrohung bei 88 % der Bürger. Armut ist nicht auf Einkommen zu begrenzen, sondern schließt Bildung, Wohnen, Zukunfts- und Vergangenheitsbewertungen ein.

8.1 Einkommen - Angleichung

Das im Jahr 2008 von den ab 18-jährigen Bürgern der neuen Bundesländer ausgewiesene individuelle Nettoeinkommen liegt bei 1.018 Euro. Männer erzielen mit 1.187 Euro ein um 332 Euro höheres Nettoeinkommen als Frauen (855 Euro).

2008 betrug das Haushaltsnettoeinkommen 1.738 Euro. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Personenzahl und ihres differenzierten Bedarfs erreicht das Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommen 1.146 Euro im Jahre 2008 (vgl. Abschnitt 12 - Methodik).

Abbildung 8.1: Entwicklung von Haushaltsnettoeinkommen, Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommen und Haushaltsgröße - neue Bundesländer - 1990 bis 2008 - (1990 = 100 %)



Datenbasis: sfz/leben 1990-2008

Über den Zeitverlauf ist für die neuen Bundesländer charakteristisch:

- ein bis Mitte der 90er Jahre rasch ansteigendes Nettoeinkommen, deutliche Verlangsamung des Tempos bis 2002/2003, weitgehende Stabilisierung seitdem;

- ein schnelleres Wachstum der Pro-Kopf-Einkommen der Haushalte gegenüber den nominellen Haushaltseinkommen, resultierend aus dem Rückgang der Haushaltsgröße (Abnahme der Haushalte mit wirtschaftlich nicht selbstständigen Kindern);
- ansteigendes, aber verhalteneres Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens, was jedoch einer geringer werdenden Zahl von Familienmitgliedern zur Verfügung steht.

Die Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf (2008) lassen erkennen:

- im Bereich des unteren Pro-Kopf-Einkommens bis 750 Euro liegen 25 % aller Befragtenhaushalte. Im Besonderen betrifft das: Arbeitslose (80 %), Alleinerziehende (42 %) und Alleinlebende (37 %);
- ein Pro-Kopf-Einkommen von über 2.000 Euro (8 %) erzielen vor allem Beamte (37 %), Hochschulabsolventen (27 %), Selbstständige (20 %), Freiberufliche (17 %).

Tabelle 8.1: Strukturen des Haushaltsnettoeinkommens/Kopf (bedarfsge-
wichtet) - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

Euro	ins- ge- samt	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 Jahre u.älter	erw.- tätig	arb.- los	Fam. mit Kind.	Fam. ohne Kind.	Allein- erzie- hende	Allein- le- bende
unter 750	25	31	24	25	18	15	80	21	15	42	37
750-1.000	16	11	17	14	18	14	11	15	14	22	16
1.000-1.500	37	33	30	30	54	37	8	36	46	27	30
1.500-2.000	14	15	17	18	9	20	1	18	15	5	12
2.000 u.dar.	8	10	12	13	2	15	0	11	10	4	5

* Äquivalenzgewicht: befragter Erwachsener = 1,0; jeder weitere Erwachsene im Haushalt = 0,5; jedes Kind im Haushalt = 0,3

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

In den neuen Bundesländern verfügen im Jahre 2008 von den Haushalten

- 40 % über einen Bausparvertrag,
- 32 % über kapitalbildende Lebensversicherungen,
- 37 % über andere Sparformen (Riesterrente, Altersvorsorgesparen),
- 13 % über andere kapitalbildende Versicherungen.

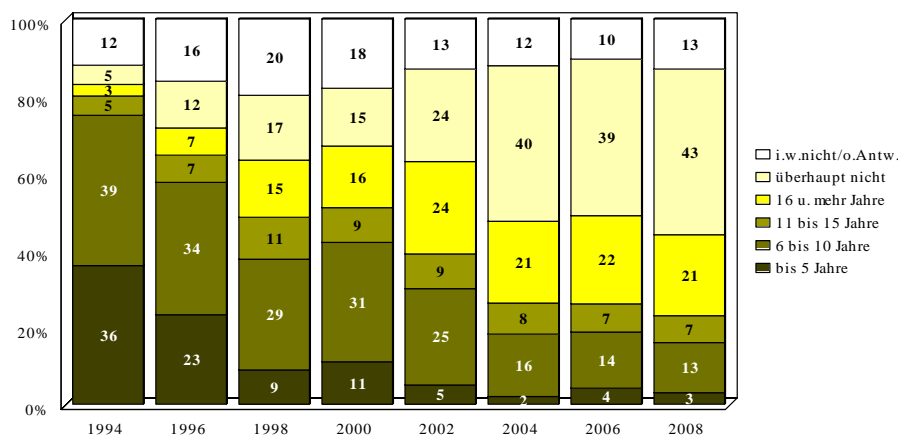
Den Besitz von Geldvermögen bekundeten 66 % der ab 18-Jährigen. Die Höhe der Geldvermögen konzentriert sich bei 54 % auf Beträge bis zu 10.000 Euro und weitere 20 % zwischen 10.000 und 20.000 Euro. Außerdem verweisen 27 % auf Besitz an Grund und Boden, 32 % auf Wohneigentum (40 % der 50- bis 60-Jährigen), und/oder 2 % besitzen Kunstwerke bzw. Sammlungen. Insgesamt 39 % können auf nichts von alledem verweisen. Es ist auch festzustellen, dass eine

Generation mit geringem Geldvermögen (sowohl anteilig als auch im Durchschnittsvermögen) nachrückt und künftiges "Altersvermögen" und damit Alters-einkommen beeinflusst.

39 % der ab 18-jährigen Befragten aus den neuen Bundesländern haben 2008 einen Kredit zu bedienen - was für Senioren nur in wesentlich geringerem Maße zutrifft (rd. 20 %). Wenn auch die Abzahlung von Krediten sich am stärksten auf Perso-nengruppen mit stabiler Einkommenslage konzentriert, so sind doch langfristige Kredite der Altersgruppen im Vorrentenalter bei unteren Einkommen als eine po-tenzielle Gefahr für künftige Altersarmut anzusehen. Die Vorstellungen über eine Angleichung der Einkommensverhältnisse haben sich in den letzten Jahren - insbe-sondere seit 2000 - deutlich verändert.

Die Illusionen der Jahre 1990 bis 1995 sind verflogen, vor allem ältere Bürger gehen nicht davon aus, dass sie eine Einkommensangleichung noch erleben bzw. äußern sich dazu nicht mehr.

Abbildung 8.2: Erwartete Einkommensangleichung - neue Bundesländer
- 1994 bis 2008* - in Prozent -



* Zwischenangaben vgl. Sozialreport 2006, S. 18
Datenbasis: sfz/leben 1994-2008 (gew.)

Von den befragten Bürgern halten

- 93 % den Abbau von Unterschieden in den Tarifen Ost-West für sehr wichtig,
- 95 % äußern das gleichfalls für die Angleichung des aktuellen Rentenwertes.

Wie bereits festgestellt, haben sich unbestrittenermaßen seit 1990 die Einkommensverhältnisse insgesamt für die Bürger der neuen Bundesländer verbessert ebenso wie das dafür zu realisierende Angebot an Waren und Leistungen. Zugleich haben aber Differenzierungen innerhalb einzelner sozialer Gruppen sowie zwi-

schen Erwerbseinkommen, Gewinnen und Vermögenseinnahmen deutlich an Gewicht für die Lebensverhältnisse des Einzelnen gewonnen. Das gilt insbesondere für einen steigenden Anteil von Bürgern, die von Armut betroffen bzw. bedroht sind (vgl. Abschnitt 2.1).

8.2 Armut

Unabhängig von der individuellen Wahrnehmung der Einzelnen gilt als arm, wer ein geringeres bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen als 50 % vom Durchschnitt ausweist. Ein 40 %iger Anteil gilt als strenge Armut, 50 % als Armutsgrenze. 60 % bezeichnen das Armutsrisiko. Das bedeutet: das zusätzliche Auftreten eines budgetwirksamen Risikofaktors - wie Arbeitslosigkeit eines weiteren Haushaltsmitgliedes, Pflegebedürftigkeit, längerfristige Krankheit, Kosten für diätische Ernährung, Wohnungswechsel oder Scheidung - drückt den betreffenden Haushalt dann absehbar unter die Armutsgrenze.

Anhand der Daten 2008 sind folgende Fakten hervorzuheben:

- Es gibt weitgehend übereinstimmend Anteile von Frauen und Männern (17 % bzw. 15 %), welche in der Armutsrisikogruppe, also mit einem äquivalenzgewichteten Nettoeinkommen von unter 640 Euro leben. Reichtum (ab 2.130 Euro) ist vor allem "männlich" (8 % gegenüber 3 %).
- Der hohe Armutsanteil Jüngerer (42 %) resultiert aus dem Anteil von Befragten der Altersgruppe 18 bis 24 Jahre, welche "ohne" (rd. 30 %) bzw. mit niedrigem Einkommen - 25 % unter 500 Euro - leben (Lehrlingsentgelte/Stipendien). Der geringe Anteil bei Rentnern ist Ergebnis des (noch) wirkenden Rentensystems der vergangenen Jahrzehnte sowie besonderer Bestandsschutzregelungen (Auffüllbeträge).
- Armut konzentriert sich insgesamt auf einen hohen Anteil von Bürgern ohne beruflichen Abschluss, wird aber stark von der Altersgruppe 18 bis 24 Jahre geprägt.
- Arbeitslosigkeit und Arbeit mit geringem Einkommen führen zu außerordentlich hohen Armutsquoten. Das reflektiert sich in den durchschnittlichen Individual- und Familieneinkommen. Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen in der von Armut betroffenen Gruppe beträgt mit 446 Euro rd. 15 % des Einkommens in "reichen" Familien.
- Die Daten zum Wohnen verweisen auf die relativ geringen Anteile von Wohneigentum (15 %) bei Befragten unterhalb der Armutsrisikoschwelle im Vergleich zu Befragten oberhalb der Reichtumsgrenze mit 63 % (insgesamt neue Länder 2008 = 32 %), verbunden auch mit deutlich sich unterscheidender Wohnungsgröße.

- Befragte unterhalb der Armutsrisikoschwelle kennzeichnet zugleich ein insgesamt hoher Anteil, welcher die Entwicklung **der letzten fünf Jahre** als "sozialen Abstieg" charakterisiert (57 %). Während von denjenigen, die gegenwärtig in Armut leben, sehr viel (45 %), aber deutlich weniger als im Durchschnitt (56 %) sich eine weitere Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage vorstellen können, wohl vor allem aus dem Blickwinkel heraus, "schlechter geht nicht", gehen überdurchschnittlich viel (19 % zu 11 %) von einer Verbesserung aus. Letztere sind aber vor allem junge Menschen, die den größten Teil der unter der Armutsrisikogrenze Lebenden ausmachen (vgl. Tabelle 8.3) und zu mehr als der Hälfte (53 %) Verbesserungen erwarten.

Ein Drittel der in Armut Lebenden sehen ihre wirtschaftliche Lage von einer kontinuierlichen Abwärtsspirale bestimmt - ihre gegenwärtige wirtschaftliche Lage hat sich im Vergleich zum Jahr 2003 verschlechtert und sie sehen für 2013 weitere Verschlechterungen voraus.

- Von einer relativ hohen Verunsicherung in Bezug auf die wirtschaftliche Lage der nächsten fünf Jahre sind vor allem die Gruppen der von Armut Gefährdeten (61 %) und die Gruppe der Durchschnittsverdiener (62 %) gekennzeichnet. Die kontinuierliche Verschlechterung, die im Jahr 2013 gegenüber 2003 erwartet wird, liegt bei beiden Gruppen mit 43 % noch über den 32 %, die heute als Arm definiert werden (unter der Armutsrisikogrenze Lebende).

Die diesjährige Untersuchung des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums "Leben in den neuen Bundesländern 2008" bezeugte - bezogen auf das Einkommen - eine Armutsrisikoquote von 16 %.⁴ Die Unterversorgung bei Bildung erreichte 4 % der Befragten, die keinen Abschluss einer 8-jährigen Schulbildung nachweisen können. Die Unterversorgung mit Arbeit lag aktuell bei 21 % und betraf Arbeitslosigkeit, Beschäftigung auf dem 2. Arbeitsmarkt und nicht erwünschte Teilzeitbeschäftigung. Darüber hinaus weisen jeweils 17 % der Befragten Erfahrungen mit ABM oder SAM-Beschäftigung bzw. geringfügiger Beschäftigung mit einem Einkommen unter 400 Euro pro Monat aus. Jeweils 7 % hatten schon einen Ein-Euro-Job oder eine Erwerbstätigkeit mit unter 20 Std. pro Woche. 6 % arbeiteten für einen Stundenlohn unter 4 Euro und weitere 6 % mussten ihr Erwerbseinkommen beim Jobcenter auf Hartz IV-Niveau aufstocken. Bei der beruflichen Qualifikation mangelte es 11 % an einer abgeschlossenen Ausbildung. Die Unterversorgung im Bereich Wohnen zeigten 6 % der Haushalte an, die nicht jedem Haushaltsmitglied einen Wohnraum zuordnen konnten.

⁴ Berechnet: 60 % Median des äquivalenzgewichteten Haushaltneinkommens.

Tabelle 8.2: Armuts-/Reichtumsprofile* - neue Bundesländer - 2008 -
(ab 18 Jahre)

	bis 60 % Median unt. 640 Euro	60 - 80 % 640 - 850 Euro	80 - 120 % 851 - 1.279 Euro	120 - 200 % 1.280 - 2.130 Euro	200 % u.dar. über 2.130 Euro
insgesamt	16	16	36	26	6
Geschlecht					
männlich	15	12	34	31	8
weiblich	17	19	38	22	3
Alter					
unter 25 Jahren**	42	10	26	19	3
25 bis 39 Jahre	19	17	30	27	7
40 bis 49 Jahre	15	16	31	29	9
50 bis 59 Jahre	15	16	27	33	10
60 Jahre und älter	8	17	51	23	1
beruflicher Abschluss					
ohne Abschluss	31	20	29	17	3
Facharbeiter	15	17	41	24	4
Fachschulabschluss	8	10	39	37	6
Hochschulabschluss	3	6	22	49	20
Erwerbsstatus					
erwerbstätig	9	12	34	35	10
in arb.marktpol. Maßn.	29	37	27	8	-
arbeitslos	59	25	10	5	-
Rentner	8	17	52	22	1
Sonstige	29	18	28	20	5
durchschnittliches Einkommen (individuell)	462	707	997	1.393	2.497
durchschnittliches Haushalts- nettoeink. (bedarfsgewichtet)	446	736	1.073	1.581	3.033
durchschnittliche Wohnungsgröße (m ²)	60	65	74	85	114
selbst genutztes Wohneigentum (Anteil)	15	21	33	43	63

* der den Berechnungen zugrunde liegende Median beträgt 1.065 Euro

** der hohe Anteil der unter 25-Jährigen an den unterhalb der Armutsrisikogrenze Liegenden ist bedingt durch den hohen Anteil von sich noch in Ausbildung und Studium Befindlichen sowie denen, die im Haushalt der Eltern leben

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.) - entnommen aus: G. Winkler: Altersarmut - Bewertungen und Erwartungen in den neuen Bundesländern, in: Umbruch - Beiträge zur sozialen Transformation in den alten und neuen Bundesländern (Schriftenreihe des SFZ), Heft 23, S. 103

Von der Annahme, dass in Deutschland die Armut steigen wird, gehen 88 % der befragten Bürger ab 18. Lebensjahr aus⁵. Dabei gibt es keine generell unterschiedlichen Positionen zwischen Frauen und Männern bzw. Qualifikations- und Einkommensstrukturen. Lediglich befragte Bürger der Altersgruppe 18 bis 24 Jahre

⁵ Vgl. hierzu detailliert: Gunnar Winkler: Altersarmut - Bewertungen und Erwartungen in den neuen Bundesländern, in: Umbruch - Beiträge zur sozialen Transformation in den alten und neuen Bundesländern (Schriftenreihe des SFZ), Heft Nr. 23, Berlin 2008.

geben zu 15 % und ältere Bürger zu 12 % an, es nicht zu wissen/beurteilen zu können.

Zunehmende Armut wird vor allem gesehen bei Arbeitslosen (64 %), Empfängern niedriger Einkommen (54 %) sowie künftigen Rentnern (51 %).

Tabelle 8.3: "Sehen Sie in den nächsten 10 Jahren eine zunehmende Armut in Deutschland?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	bis 25 Jahre	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. äl.	erw.-tätig	arb.-los
ja	88	88	88	79	90	94	92	85	92	95
nein	3	5	2	6	4	2	3	3	3	2
weiß nicht/ohne Antwort	9	8	9	15	6	4	5	12	5	4

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Dieses Armutsrisiko dokumentiert sich u.a. sowohl in dem geringen individuellen und im bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen als auch in der genutzten Wohnfläche oder dem geringen Anteil an Wohneigentum.

Armut lässt sich jedoch nicht auf Einkommensarmut reduzieren. Sie kennzeichnet einen gesellschaftlichen Zustand und erweist sich als Wirkung eingeschränkter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen für die Entfaltung individueller Qualitäten, Fähigkeiten und Fertigkeiten des Einzelnen einerseits und für die Integration des Einzelnen in die Gesellschaft andererseits. Armut wird immer konkret bestimmt im Verhältnis zum durchschnittlichen Wohlstand in einer Region, in einem Land oder wie in Deutschland - in festgelegten Rechtskreisen mit unterschiedlichen sozialen Rahmenbedingungen.

9 Arbeit

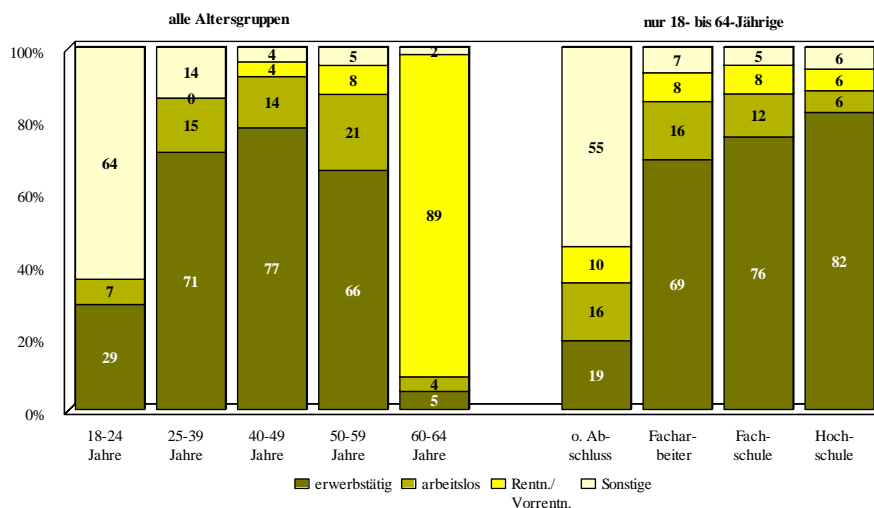
Von den Bürgern der neuen Bundesländer im Erwerbsalter verfügen fast zwei Drittel über eigene Erfahrung mit Arbeitslosigkeit und 4 von 10 waren bereits einmal oder mehrmals in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Die Rente mit 67 findet keine Unterstützung.

9.1 Teilhabe am Erwerbsleben

Die in den Jahren 2006 bis 2008 erfolgte verstärkte Wiedereingliederung von Arbeitslosen in Beschäftigungsverhältnisse ist einerseits mit ansteigenden Anteilen an Erwerbstätigen, andererseits mit zunehmenden Anteilen an prekärer Beschäftigung verbunden.

Von den über 18-jährigen befragten Bürgern der neuen Länder (inkl. Berlin-Ost) waren 2008 rd. 46 % erwerbstätig, 11 % arbeitslos (bzw. in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen), 30 % waren Rentner (inkl. Erwerbsunfähigkeitsrente) und 13 % Schüler, Studenten bzw. nicht erwerbstätig. Begrenzt man diese und die weiteren Aussagen auf die Altersgruppen zwischen 18. und 64. Lebensjahr, so waren Mitte 2008 rd. 60 % erwerbstätig, 15 % arbeitslos (bzw. in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen), 8 % bereits in Rente (einschl. Erwerbsunfähigkeitsrente) und 17 % Schüler, Studenten bzw. Nichterwerbspersonen.

Abbildung 9.1: Erwerbsstatus nach Alter und höchstem beruflichen Abschluss
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Die Abbildung 9.1 verdeutlicht sowohl den hohen Anteil von Jugendlichen, die noch nicht im Erwerbsleben stehen (insbes. Schule/Studium) als auch eine hohe Altersarbeitslosigkeit sowie vorzeitigen "Ruhestand" im Alter zwischen 50. und 60. Lebensjahr. Zugleich ist der steigende Beschäftigungsgrad mit höheren beruflichen Abschlüssen erkennbar (ohne beruflichen Abschluss wird vor allem von den unter 25-Jährigen beeinflusst).

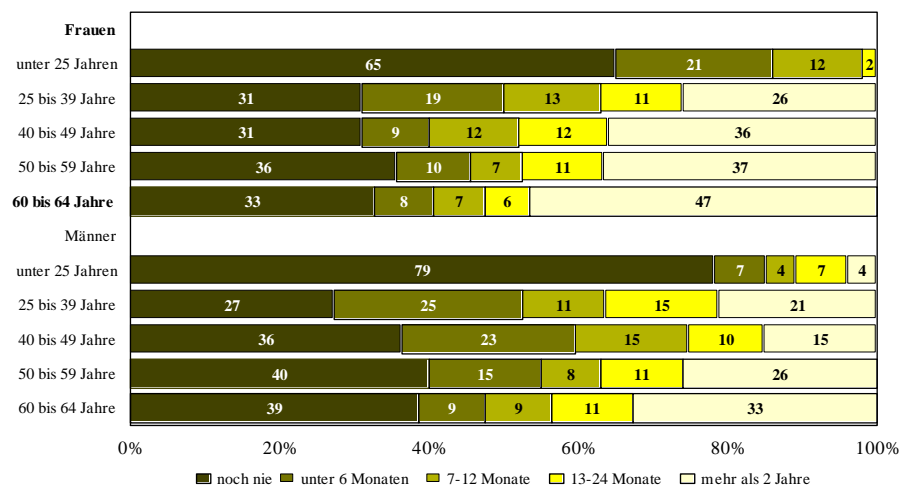
9.2 Erfahrung mit Arbeitslosigkeit

Nach wie vor sind die neuen Bundesländer durch eine doppelt so hohe Arbeitslosigkeit wie in den alten Bundesländern und hohe Risiken auf dem Arbeitsmarkt geprägt.

Die getroffenen Aussagen der unter 65-jährigen Bürger - bezogen auf Bedrohung von Arbeitslosigkeit - offenbaren ein hohes Maß sozialer Verunsicherung. So befürchteten Mitte 2008 von den im Erwerbsleben Stehenden 9 % demnächst arbeitslos zu werden und 38 % teilweise.

Von den unter 65-jährigen Partnerhaushalten in den neuen Bundesländern sind in 52 % der Fälle beide Partner erwerbstätig, in 12 % ein Partner arbeitslos bzw. in einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme beschäftigt. In 5 % der Haushalte sind beide arbeitslos bzw. in einer vom Jobcenter geförderten Maßnahme. In fast jedem vierten Haushalt (23 %) ist ein Partner nicht erwerbstätig, in 8 % sind beide nicht (mehr) erwerbstätig.

Abbildung 9.2: Dauer der Gesamtarbeitslosigkeit seit 1990 bis 2008 - neue Bundesländer - in Prozent - (18 bis 65 Jahre)



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

In den neuen Bundesländern verfügen inzwischen 61 % aller 18- bis 65-Jährigen über eigene Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit - wenn auch mit unterschiedlicher Dauer. Dabei waren insgesamt seit 1990 Männer in geringerem Maße betroffen (57 %) als Frauen (62 %). Die höchste Betroffenheitsquote weisen die Altersgruppen 25 bis 39 Jahre (71 %), den höchsten Anteil an Langzeitarbeitslosigkeit Frauen ab 40. Lebensjahr (37 %) aus (vgl. Abbildung 10.2). Während jede dritte Frau in der Altersgruppe der 50- bis 59-Jährigen und fast jede zweite Frau zwischen 60 und 64 Jahren 2 Jahre oder länger arbeitslos waren oder sind, betrifft das in den gleichen Altersgruppen nur ein Viertel bzw. ein Drittel der Männer.

9.3 Prekäre Arbeitsverhältnisse

Das Abrutschen in prekäre Arbeitsverhältnisse kann ein einmaliger, zeitlich begrenzter Abschnitt in der Erwerbsbiographie des Einzelnen sein oder über einen längeren Zeitpunkt die Lebensführung prägen.

Über die Formen der prekären Arbeitsverhältnisse, wie sie in der Befragung ermittelt wurden, und über die Betroffenenquoten gibt die folgende Tabelle Auskunft.

Tabelle 9.1: Formen prekärer Beteiligung am Erwerbsleben seit 1990 - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (Mehrfachnennungen möglich)

	Prozent
ABM oder SAM	17
geringfügig beschäftigt (bis zu 400 Euro monatlich)	17
MAE/Ein-Euro-Job	7
erwerbstätig mit einer Arbeitszeit von unter 20 Stunden/Woche	7
erwerbstätig mit einem Einkommen unter 4 Euro pro Stunde	6
erwerbstätig mit einem Einkommen, zu dem sie zusätzlich Aufstockungen durch Geldleistungen des Jobcenters erhielten	6
in mehreren Minijobs gleichzeitig beschäftigt	3
Gesamt	39

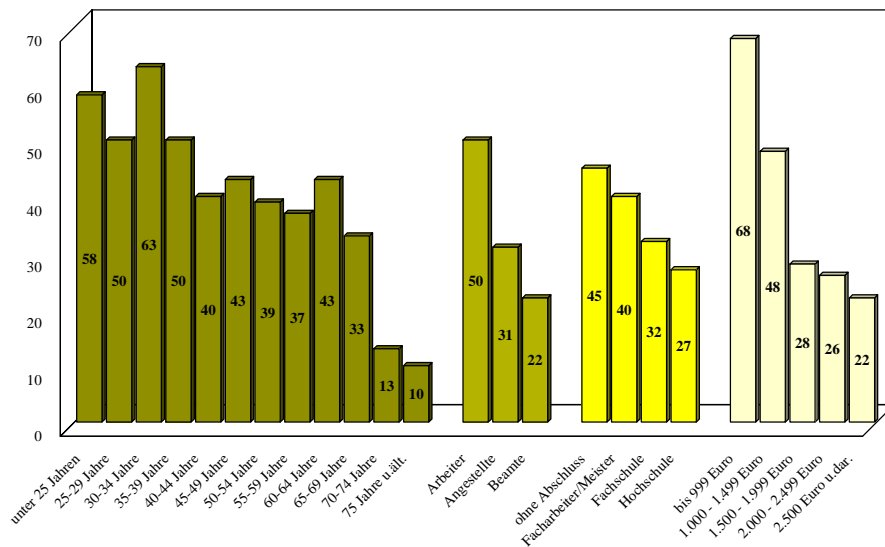
Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

39 % der befragten Ostdeutschen geben an, im Laufe ihres Erwerbslebens schon einmal von atypischen Beschäftigungsverhältnissen persönlich betroffen gewesen zu sein (um Ferien-, Schüler- und Studentenjobs nicht mit einzubeziehen, wurden die Antworten der Schüler, Studenten und AZUBIS hier nicht berücksichtigt). Die heutigen Rentner wurden jedoch mitberücksichtigt, da nur 1 % der Männer im Jahr 1990 älter als 65 Jahre und 4 % der Frauen älter als 60 Jahre waren und die (Arbeitsmarkt-)Wende dementsprechend als Rentnerin bzw. Rentner erlebt haben.

Frauen waren mit 44 % häufiger betroffen als Männer (35 %), Jüngere mehr als Ältere, geringer Qualifizierte eher als Hoch- und Fachschulabsolventen. Mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen nimmt die Betroffenheit ab.

57 % der Alleinerziehenden geben eine derartige Betroffenheit an.

Abbildung 9.3: Erlebte prekäre Arbeitsverhältnisse - neue Bundesländer - seit 1990 - in Prozent -



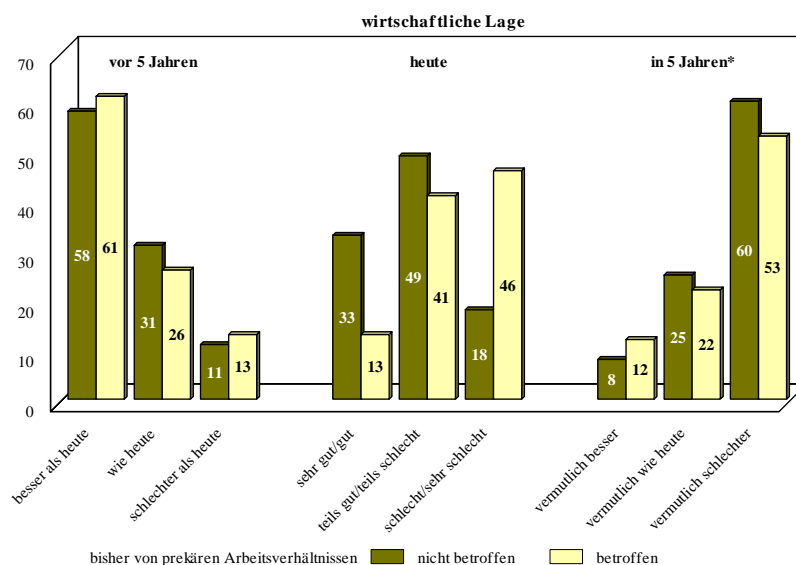
Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Unterbrochene Erwerbsbiographien und prekäre Beschäftigung kennzeichnen auch zu einem großen Teil die jetzt Selbstständigen. Mehr als ein Drittel (37 %) der Selbstständigen und Freiberufler weisen eine Betroffenheit auf. Darin spiegelt sich die eher ostdeutsche Besonderheit wider, dass nicht Wenige nach dem Ausscheiden aus Normalarbeitsverhältnissen und einer zeitweiligen Arbeitslosigkeit in Kopplung mit verschiedenen Formen arbeitsmarktpolitischer Instrumente (ABM, SAM, MAE etc.) den Weg in die eigene Selbstständigkeit gefunden haben.

Die Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Situation in Abhängigkeit von der Erfahrung prekärer Beschäftigung ist auffällig. Während die gegenwärtige wirtschaftliche Lage sehr unterschiedlich eingeschätzt wird, unterscheidet sich die Beurteilung der Entwicklung der eigenen Situation - gemessen an den Einschätzungen der eigenen wirtschaftlichen Situation **vor** fünf Jahren **und in** fünf Jahren nur geringfügig. Ihre gegenwärtige wirtschaftliche Lage schätzen 46 % der von prekärer Beschäftigung Betroffenen als schlecht ein, während der Durchschnitt aller Befragten (in dem die erste Gruppe enthalten ist) die eigene Lage zu 29 % als schlecht einschätzt. Die Erfahrung dieser unsicheren und gering bezahlten Beschäf-

tigung wirkt sich demnach auf die gegenwärtige Lage aus. Dieser Zusammenhang zeigt sich jedoch weder in der Retrospektive noch in der Zukunftserwartung.

Abbildung 9.4: Betroffenheit von prekären Arbeitsverhältnissen nach Bewertung der wirtschaftlichen Lage - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



* Differenz zu 100 = ich weiß nicht
Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Die jeweilige wirtschaftliche Situation hat sich in den vergangenen fünf Jahren für Angehörige beider Gruppen fast gleichermaßen verändert und zu nicht ganz zwei Dritteln verschlechtert.

Auch die Zukunftserwartung der eigenen Situation ähnelt sich in beiden Gruppen. Hier ist sogar zu registrieren, dass der Pessimismus derjenigen, die bisher keine derartigen Arbeitsmarkterfahrungen gemacht haben, größer ist: 60 % der bisher nicht Betroffenen erwarten, dass ihre wirtschaftliche Lage in fünf Jahren schlechter als heute sein wird, dagegen sind es in der Betroffenenengruppe "nur" 53 %.

Bei der Bewertung dieses Ergebnisses ist sicherlich zu berücksichtigen, dass die Chance der weiteren Schlechterstellung in der Zukunft für diejenigen, denen es heute besser geht, per se größer ist. Allerdings drückt sich in diesem Ergebnis eben eine große Unsicherheit hinsichtlich der Erwerbssituation und der künftigen Einkommenssituation aus.

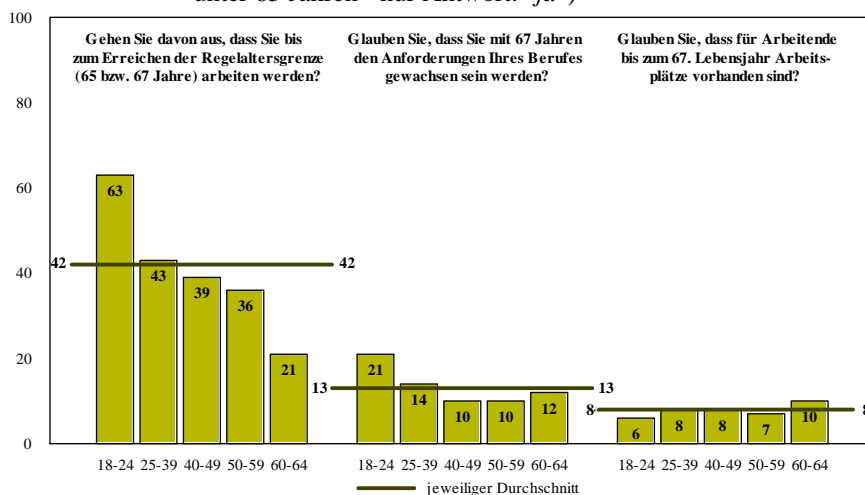
9.4 Arbeit bis 67, Rente ab 67 Jahre

Mit der "Rente mit 67" ist das Ende der Anhebung bzw. Abschaffung vorgezogener Altersrenten erreicht⁶ - beginnend mit der Rentenreform 1992 - und die Ära der Anhebung der Regelaltersgrenze eingeläutet. Die Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters verfolgt primär Ziele der Rentenfinanzierung anstelle "der Absicherung des Lebensstandards im Alter und der Vermeidung von Altersarmut"⁷.

Die Haltung der Bürger der neuen Bundesländer zur "Rente mit 67" ist relativ eindeutig (vgl. Abbildung 9.5):

- 85 % sehen darin ausschließlich eine Entlastung der Rentenkassen (insbesondere die Jahrgänge im Erwerbsalter).
- 11 % gehen davon aus, dass es ein "notwendiger Schritt aufgrund der steigenden Lebenserwartung" sei. Diese Argumentation wird im Besonderen von Hochschulabsolventen (18 %) und Beziehern höherer Einkommen (23 % der Bezieher von Einkommen über 2.000 Euro individuelles Nettoeinkommen - über 2.000 Euro Haushaltsnettoeinkommen - bedarfsgewichtet) vertreten. Offensichtlich sind hier Berufschancen und die Erwartung, auch bis zum Erreichen der zukünftigen Regelaltersgrenze arbeiten zu wollen und zu können, dass heißt von altersbedingten Entlassungen verschont zu bleiben, für einen Teil meinungsbildend.

Abbildung 9.5: Aussagen zur Rente mit 67 nach Altersgruppen - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (nur noch nicht berentete Befragte unter 65 Jahren - nur Antwort: "ja")



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

⁶ 1. Monitor "Rente mit 67", S. 3.

⁷ Ebenda, S. 554.

Insgesamt ist festzustellen, dass die von der Bundesregierung beschlossene Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre eine zwiespältige Resonanz findet. Einerseits sind 44 % der noch nicht berenteten Bürgerinnen und Bürger zwischen 18 und 65 Jahren bereit, bis zum 67. Lebensjahr zu arbeiten (auch um keine Abschläge in Kauf nehmen zu müssen), obwohl 79 % eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit grundsätzlich ablehnen. Andererseits gehen nur 8 % der Befragten davon aus, dass es hinreichend Arbeitsplätze geben wird, um selbst diejenigen weiter zu beschäftigen, die gegenwärtig erwerbstätig sind, 88 % verneinen es.

Befragt nach den individuellen Möglichkeiten einer längeren Lebensarbeitszeit, fühlen sich 13 % den damit verbundenen Anforderungen gewachsen, 82 % nehmen an, körperlich und geistig dann nicht mehr dazu in der Lage zu sein - Ausnahme Hochschulabsolventen - (5 % ohne Antwort).

Dabei ist im Vergleich zu den Aussagen von 2006 hervorzuheben, dass der Glaube an zur Verfügung stehende Arbeitsplätze für ältere Bürger zurückgegangen ist, ebenso wie die Bewertung der persönlichen Verfasstheit zur Arbeit bis 67 Jahre.

10 Wohnen

Die neuen Möglichkeiten der Gestaltung der Wohnbedingungen haben in den neuen Bundesländern die höchste Anerkennung gefunden (75 % zufrieden). Wohnqualitäten und Mieten differieren vor allem in Abhängigkeit von den Eigentumsverhältnissen.

Wohnen ist in den neuen Bundesländern seit Mitte der 90er Jahre der Lebensbereich mit der höchsten Zufriedenheit. Die seit 1990 eingetretenen Veränderungen in der Wohnungs- und Gebäudesanierung, die mit DDR-Zeiten nicht vergleichbaren Angebote einer modernen, technisch hochwertigen Wohnausgestaltung bis zu den neuen Möglichkeiten des Aufbaus von Wohneigentum charakterisieren die Entwicklung ebenso wie steigende Mieten und Tarife/Preise.

2008 waren 75 % der Bürger ab 18. Lebensjahr mit ihren Wohnverhältnissen zufrieden, 16 % teilweise zufrieden und 5 % unzufrieden (5 % ohne Antwort). Die Wohnzufriedenheit steigt mit dem Einkommen und ist bei Wohneigentum am höchsten. Die Tabelle 11.1 verdeutlicht die mit unterschiedlichen Wohnverhältnissen verbundenen differenzierenden Qualitäten. 33 % der befragten Bürger leben in Wohneigentum und 25 % in Genossenschaftswohnungen (mit einem überdurchschnittlichen Anteil von Bürgern ab 60. Lebensjahr). Die durchschnittlichen Mietbelastungen werden mit 28 % des Haushaltsnettoeinkommens angegeben (2006 mit rd. 26 %).

Tabelle 10.1: Ausgewählte Indikatoren zur Wohnsituation nach Eigentums-/Mietverhältnis - neue Bundesländer - 2008 -

	Anteil an Befragten - in Prozent -	durchschnittliche Anzahl der Wohnräume	durchschnittliche Quadratmeterzahl der Wohnung	Gesamtmiete/ Gesamtbelastung Euro/Monat	Anteil Miete/ Belastung an Haushalts- einkommen - in Prozent -
Mietwohnung privat	21	2,7	68	466	28
Mietwohnung kommunal	21	2,6	58	406	31
Genossenschaftswohnung	25	2,6	60	392	28
selbst genutztes Eigentum	33	4,0	104	629	27
insgesamt	100	3,1	75	480	28

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

11 Verhalten zu Ausländern - Rechtsextremismus

Es gibt in den neuen Bundesländern einerseits große Befürchtungen vor einem sich ausbreitenden Rechtsextremismus wie andererseits bei einem Teil der Bürger vorhandene (ungewollte) Bereitschaft, rechtsextremes Gedankengut zu "akzeptieren". Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern ist vor allem auf ausländerfeindliches/-unfreundliches Verhalten konzentriert. Jüngere Bürger stehen dem weniger nahe als ältere.

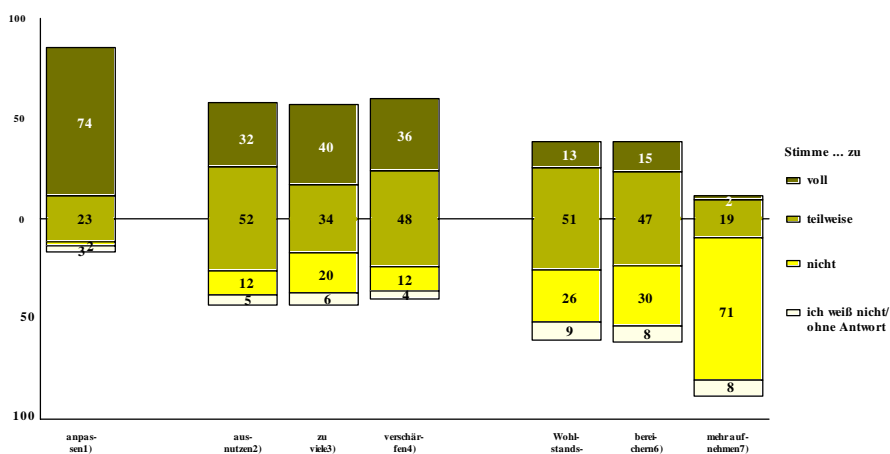
Im Jahr 2008 bekannten rd. 7 % der ab 18-jährigen Bürger der neuen Länder ihre "Sympathie" für rechte Parteien (Republikaner, NPD, DVU), darunter bis 40-Jährige zu 9 %. Sie stellen weitgehend auch das direkte Wählerpotenzial dieser Parteien dar. Obwohl sich eine deutlich zunehmende Mehrheit von 72 % ablehnend gegenüber rechten Parteien verhält, ist auch der Anteil von "Neutralen" ("ist mir egal", "ich weiß nicht") mit 21 % ein gesellschaftlich und politisch durchaus ernst zu nehmendes Potenzial.

Die Befragungsergebnisse 2007⁸ als auch 2008 ergaben, dass rechtsextremes Gedankengut unterschiedlicher Inhalte und Facetten von Teilen der Bevölkerung vertreten wird. Dabei sind die Haltungen zum Teil widersprüchlich. Einerseits macht 47 % der Bürger der Rechtsextremismus in Deutschland Angst - im Besonderen Frauen (55 %) und älteren Bürgern (61 %) - andererseits ist hervorzuheben:

- Es gab 2007 einen erschreckend hohen Anteil von Bürgern, welcher der Auffassung: "Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten." voll (8 %) sowie überwiegend zustimmte (10 %).
- Diktatorischen Führungsstrukturen ("Für Deutschland wäre eine einzige, Deutschlands Interessen wahrnehmende Partei notwendig.") stimmten 13 % voll zu, 18 % überwiegend.
- Einer "allgemein gegebenen" Überlegenheit einzelner Nationen gegenüber anderen Nationen stimmten 42 % der Befragten voll zu (38 % überwiegend). Damit werden Grundlagen für Überhebungen der "eigenen, deutschen Nation" geschaffen. Das führt folgerichtig zur Auffassung, dass "Deutschland in der Welt nicht den Platz einnimmt, der ihm zusteht", der von 12 % voll und von 32 % überwiegend zugestimmt wird.
- Eine erforderliche Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Hitlerfaschismus gegenüber der Judenvernichtung lehnen rd. 51 % der Bürger mit dem Argument "es sollte endlich Ruhe sein, von den Verantwortlichen lebt niemand mehr" ab.

⁸ Vgl. Gunnar Winkler: Volkssolidarität gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit, Berlin 2007; Gunnar Winkler: Einstellungen zu Ausländern und rechtsextremistische Auffassungen in den neuen Bundesländern - Fakten und Befindlichkeiten, in: Arbeitspapier 133 der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2007.

Abbildung 11.1: Positionen zu Ausländern in Deutschland - neue Bundesländer
- 2008 - in Prozent -



- 1) Ausländer sollten sich den hiesigen Lebensgewohnheiten mehr anpassen. 2) Asylbewerber nutzen unsere sozialen Leistungen aus und leben auf unsere Kosten.
3) In Deutschland leben zu viele Ausländer. Ihre Zahl sollte geringer werden. 4) Ausländer verschärfen viele soziale Probleme (z.B. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit).
5) Ausländer tragen durch ihre Arbeit zu unserem Wohlstand bei. 6) Ausländer bereichern unser Leben.
7) Aufgrund des Elends in vielen Teilen der Welt muss Deutschland mehr Ausländer aufnehmen.

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Fasst man die Untersuchungsergebnisse der letzten Jahre zusammen, so ist hervorzuheben:

Erstens gibt es eine breite Palette vorhandener Auffassungen bei einzelnen Bürgern, die als rechtsextreme Positionen zu kennzeichnen sind, ohne dass dies dem einzelnen Bürger bis in die letzte Konsequenz bewusst ist.

Zweitens sind Rechtsextremismus und ausländerfeindliches Verhalten nicht auf gewaltbereite, gering qualifizierte, ausgegrenzte junge Menschen reduzierbar, sondern erfassen alle Altersgruppen bei wachsenden Anteilen gegen Ausländer gerichteter Auffassungen mit steigendem Alter.

Drittens sind rechtsextreme Auffassungen in den neuen Bundesländern vor allem mit der Ausländerproblematik verbunden. Obwohl eigene Erfahrungen im Umgang mit Ausländern weitgehend fehlen, werden sie als eine "Ursache" für soziale Probleme im Osten angesehen.

- a) Es hat sich ein Klima herausgebildet, das nicht generell als "ausländerfeindlich", aber auch nicht als hinreichend ausländerfreundlich, d.h. integrativ, gekennzeichnet werden kann. Die Bürger der neuen Länder werten (2008) das Klima in Bezug auf Ausländer in der Bundesrepublik nur zu 8 % als ausländerfreundlich, 28 % mit "eher unfreundlich" und 19 % mit "ausländerfeindlich" (42 % teils/teils). Insgesamt überwiegen "Anti-Haltungen", die vom Einzelnen

nur in seltenen Fällen begründet werden können, sondern mehr auf pauschalierter Vorverurteilung beruhen. Das vor einem Hintergrund von 2,4 % Anteil der ausländischen Bevölkerung (Dezember 2007).

- b) Auffassungen, dass es "zu viele Ausländer" in Deutschland gäbe und ihre Zahl reduziert werden müsse, geben 40 % der Befragten "volle Zustimmung", 34 % "teilweise". Insgesamt ist eine positive Tendenz feststellbar, so waren 2002 noch 47 % der Meinung es gäbe "zu viele Ausländer". Charakteristisch ist auch, dass nach wie vor die Auffassung, dass Ausländer "auf unsere Kosten leben" und "soziale Probleme verschärfen", bei rd. einem Drittel volle Zustimmung findet. Nur 15 % sehen in ausländischen Mitbürgern "eine Bereicherung des Lebens".

Die Antworten zu den sieben Fragen zu Einstellungen gegenüber Ausländern zusammengefasst, ergeben vier Gruppen unterschiedlicher Gesamteinstellungen: *Erstens* kann eine Gruppe identifiziert werden, die zu allen gestellten Fragen positive Antworten zum Zusammenleben mit Ausländern gegeben hat (2008: 16 %). Die Antworten einer *zweiten* Gruppe von Befragten sind im Großen und Ganzen distanziert bis moderat gegenüber Ausländern (2008: 32 %). Die *dritte* Gruppe von Befragten äußert sich insgesamt ablehnend bis feindlich gegenüber Ausländern (2008: 30 %). Die Antworten der Befragten in der *vierten* Gruppe sind nicht einheitlich. Die zu dieser Gruppe Gehörenden antworten in einigen Hinsichten eher ausländerfreundlich, in anderen Hinsichten eher unfreundlich gegenüber Ausländern (2008: 22 %). Sie lassen sich keiner der ersten drei Gruppen zuordnen.

Seit dem Jahr 2000 hat sich die Größe dieser Gruppen nur in einigen Hinsichten geändert. Während der Anteil derer in der Bevölkerung, die als ausländerfreundlich bezeichnet werden, nahe zu unverändert blieb, nimmt die Zahl derer, die als ausländerfeindlich bezeichnet werden, wenig, aber kontinuierlich ab. Geringfügig vergrößert hat sich der Anteil derjenigen, die distanziert bis moderat Ausländern gegenüber eingestellt sind, und derer, die sehr unterschiedliche Antworten geben.

Tabelle 11.1: Einstellungen gegenüber Ausländern - neue Bundesländer - 2000 bis 2008 (ausgewählte Jahre) - in Prozent -

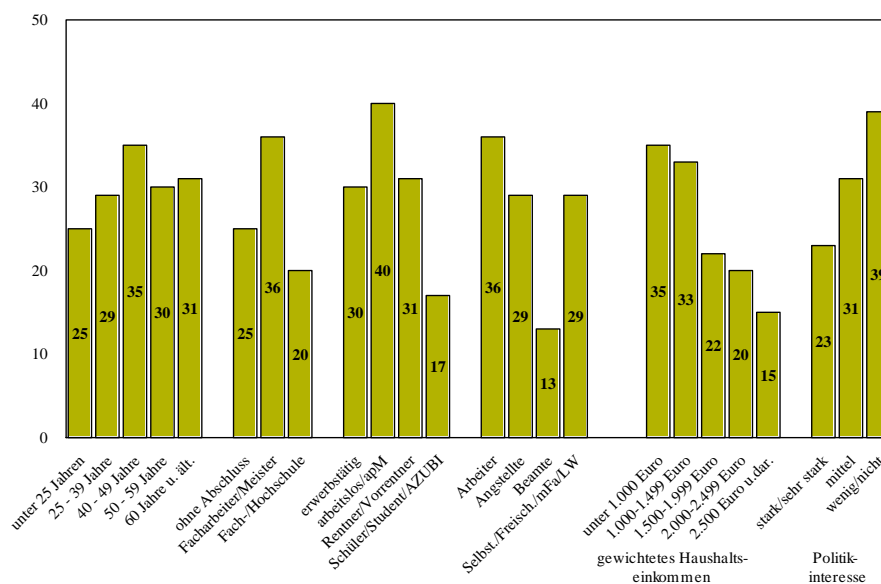
	ausländer- freundlich	distanziert	ausländer- feindlich	nicht zuordenbar
2000	15	29	38	18
2006	14	25	36	25
2007	16	32	34	18
2008	16	32	30	22

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Viertens beeinflusst nach wie vor die mit dem Erwerbsstatus verbundene individuelle wirtschaftliche Lage rechtsextreme Auffassungen und im Besonderen ausländerfeindliche Positionen.

Insbesondere Arbeitslose vertreten in deutlich höherem Maße eine Ausländer ablehnende Haltung (Erwerbstätige 30 %, Arbeitslose 40 %), offensichtlich in der Annahme, dass sich mit der Reduzierung der ausländischen Bevölkerung die eigene Situation verbessern würde.

Abbildung 11.2: Ablehnende Haltung Ausländern gegenüber - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



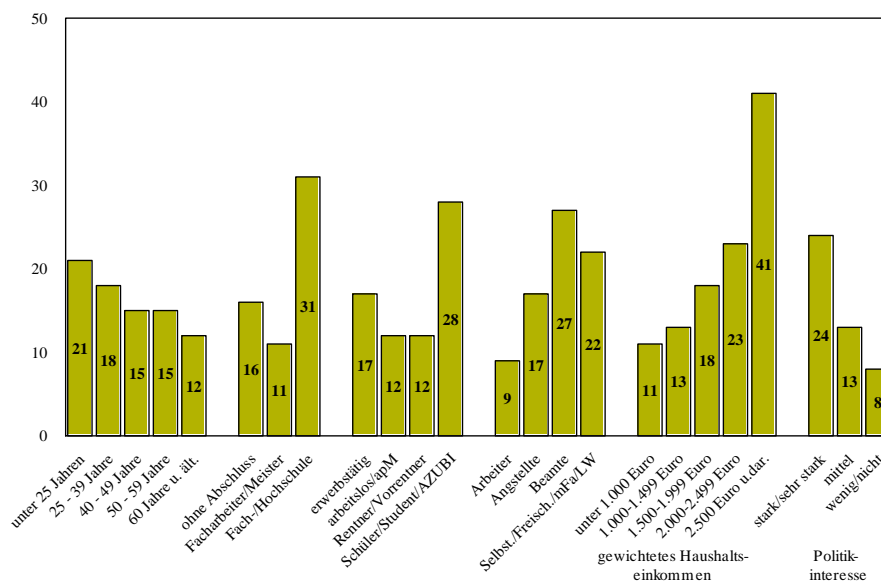
Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Die Untersuchung bestätigt die allgemeine Annahme, dass sich neben dem Alter besonders die Teilhabe am Erwerbsleben und deren Sicherheit, d.h. Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit oder Unkündbarkeit (Beamte), damit verbundenes ausreichendes oder nicht ausreichendes Einkommen, aber auch das politische Interesse und damit auch die politische Informiertheit, in den Positionen zu Ausländern bzw. auf rechtsextreme Positionen niederschlagen. Je höher die gegenwärtige oder erwartete (Auszubildende, Schüler und Studenten) Stellung im Erwerbsleben, umso wohlwollender die Haltung Ausländern gegenüber (vgl. Abbildung 11.3).

Die deutliche Abhängigkeit der Haltung Ausländern gegenüber von der eigenen individuellen realen oder subjektiv wahrgenommenen Lebenslage wird auch daran deutlich, dass von denen, die Ausländern ablehnend gegenüberstehen, mehr als ein

Drittel meinen, ihre Bedürfnisse mit ihrem Einkommen nicht befriedigen zu können, während es unter denen, die eine wohlwollende Sicht auf Ausländer kennzeichnet, nur 10 % sind.

Abbildung 11.3: Wohlwollende Haltung Ausländern gegenüber - neue Bundesländer 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Vier von 10 derer, die mit einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikogrenze leben müssen, stehen Ausländern ablehnend gegenüber, während es in der Gruppe derer mit gehobenen Einkommen (1.280 - 2.130 Euro) nur ein Viertel ist und unter denen, die als reich bezeichnet werden können, nur 15 %.

Schlussfolgernd bedeuten diese Daten, dass die Bekämpfung von Armut auch ein Beitrag ist zum Abbau von Intoleranz und Ablehnung gegenüber dem gemeinsamen Leben mit Menschen verschiedener Migrationshintergründe in Deutschland.

12 Methodik

Die Untersuchung "Leben in den neuen Bundesländern - Daten und Fakten zur sozialen Situation" wird seit 1990 (erstmalig Januar 1990) jährlich durchgeführt. Die vorliegende Ausarbeitung für 2008 beruht auf der 19. Welle der Erhebungsreihe. Das Untersuchungsfeld der Primäranalyse "Leben in den neuen Bundesländern" erstreckt sich über die gesamte Region neue Bundesländer und Berlin (Ost) und bezieht die Gesamtheit der Bevölkerung ab 18. Lebensjahr in ihren sozialen und demografischen Strukturen ein.

Die Befragung erfolgte - wie in den vergangenen Jahren - postalisch über die Kontaktierung von 28.000 möglichen Probanden.

Hinsichtlich der Bewertung ist zu berücksichtigen, dass die Befragung **vor** dem Bekanntwerden der Wirtschafts- und Finanzkrise erfolgte.

Die Verteilung wurde nach einer geschichteten Zufallsauswahl von Städten und Gemeinden in einem random-walk-Verfahren vorgenommen. Mit diesem Auswahlverfahren wird die Wahrscheinlichkeit für jeden Bürger und jede Bürgerin hinlänglich gesichert, mit der gleichen Chance in die Stichprobe zu gelangen.

Der Rücklauf war für den Befragten portofrei postalisch und anonym. Die Befragungsergebnisse wurden entsprechend den geltenden Datenschutzbestimmungen erhoben, erfasst und aufbereitet.

Für die Auswertung wurde eine Wichtungvariable erstellt, basierend auf Geschlecht, Bildung und Altersgruppen der Grundgesamtheit. Die Aufbereitung der Daten wurde mittels des Datenbearbeitungsprogramms für Sozialwissenschaften SPSS vorgenommen.

Es erfolgte ein Rücklauf von über 2.900 Fragebogen (rd. 10,4 %), von denen 2.892 verwertbare Fragebogen in die Aufbereitung der Daten einbezogen wurden.

Die Ergebnisse der Untersuchung sind repräsentativ für die neuen Bundesländer und Berlin (Ost) insgesamt. Für einzelne Bundesländer werden 2008 die Daten aufgrund zusätzlicher Erhebungen im Auftrag der Landesverbände der Volkssolidarität für Sachsen und Brandenburg als eigenständige "Länder"-Reports erarbeitet und vorgelegt (analog 2007 für Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt).

Die den Aussagen der befragten Personen der empirischen Erhebung "sfz/leben 2008 (gew.)" zugrunde liegenden Strukturen sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

Tabelle 12.1: Daten zur sozio-demografischen Struktur der Untersuchung "Leben 2008" - neue Bundesländer - in Prozent* -

	insgesamt		davon	
	absolut	Prozent	Männer	Frauen
insgesamt (absolut)	2.892	100	1.403	1.489
Alter				
18 bis 24 Jahre	363	13	14	12
25 bis 39 Jahre	597	21	22	19
40 bis 49 Jahre	554	19	19	19
50 bis 59 Jahre	478	17	18	15
60 Jahre und älter	900	31	27	35
beruflicher Abschluss				
ohne Abschluss	656	23	20	26
Facharbeiter	1.687	58	61	56
Fachschul-/Hochschulabschluss	514	18	19	17
ohne Angabe	35	1	1	1

* Abweichungen zu 100 sind auf erfolgte Rundungen zurückzuführen

Bei einigen Darstellungen wird auf das äquivalenzgewichtete Haushaltsnettoeinkommen verwiesen. Das Haushaltsnettoeinkommen wird nach dem Bedarf der zum Haushalt gehörenden Personen gewichtet. Das heißt, die 1. Person im Haushalt (Haushaltsvorstand) zählt 1, jede weitere erwachsene Person geht mit 0,5 in die Rechnung ein und Kinder unter 14 Jahren werden auf 0,3 gesetzt. Eine Familie mit 2 erwachsenen und 2 Kindern unter 14 Jahren erhält demzufolge den Umrechnungsfaktor 2,1 (1 für die 1. erwachsene Person, 0,5 für die 2. erwachsene Person und jeweils 0,3 für die beiden Kinder).

Bei einigen Tabellen und Abbildungen auftretende Differenzen zu 100 resultieren aus der Nichtberücksichtigung derer, die keine Antworten zu den entsprechenden Fragen abgaben.

Ergänzende Studien

"Leben in den neuen Bundesländern - 2008":

Liebscher Reinhard: Sozialreport 2008 - Länderreport Sachsen, Studie im Auftrag des Volkssolidarität Landesverband Sachsen, SFZ, Berlin 2008

Liebscher, Reinhard/Hanf, Thomas/Schmidtke Heidrun: Ausgewählte Aspekte der Erhebung "Leben 2008" zu Fragen der Kinderarmut und Demokratieentwicklung, SFZ, Berlin 2008 (unveröffentlicht)

Schmidtke, Heidrun/Hanf, Thomas: Sozialreport 2008 - Länderreport Brandenburg, Studie im Auftrag der Volkssolidarität Landesverband Brandenburg, SFZ, Berlin 2008

SFZ: Sozialreform und soziale Sicherungsziele - Bewertungen und Vorstellungen der Bürger der neuen Bundesländer, Studie im Auftrag der Volkssolidarität Bundesverband e.V., Berlin 2008

Winkler, Gunnar: Altersarmut - Bewertungen und Erwartungen in den neuen Bundesländern, Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, in: Umbruch - Beiträge zur sozialen Transformation in den alten und neuen Bundesländern (Schriftenreihe des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg e.V.), Heft Nr. 23, Berlin 2008

"Leben in den neuen Bundesländern - 2007":

Haupt, Hanna: Altersarmut - Alterseinkommen in Deutschland, Studie im Auftrag der Volkssolidarität Bundesverband e.V., in: Umbruch - Beiträge zur sozialen Transformation in den alten und neuen Bundesländern (Schriftenreihe des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg e.V.), Heft Nr. 21, Berlin 2008

Liebscher, Reinhard: Leben in den neuen Bundesländern 2007 - ausgewählte Aspekte der sozialen Infrastruktur, SFZ, Berlin 2007

SFZ: Sozialreport 2007 - Länderreport Mecklenburg-Vorpommern, Studie im Auftrag der Volkssolidarität Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Berlin 2007

SFZ: Sozialreport 2007 - Länderreport Sachsen-Anhalt, Studie im Auftrag der Volkssolidarität Landesverband Sachsen-Anhalt, Berlin 2007

SFZ: Sozialreport 50+ - 2007 - Daten und Fakten zur sozialen Lage von Bürgern ab 50 Jahre in den neuen Bundesländern, Studie im Auftrag der Volkssolidarität Bundesverband e.V., Berlin 2007

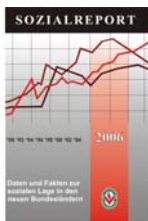
Winkler, Gunnar: Einstellungen zu Ausländern und rechteextremistischen Auffassungen in den neuen Bundesländern, Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier 133, Düsseldorf 2007

Winkler, Gunnar: Gewerkschaften - Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, in: Umbruch - Beiträge zur sozialen Transformation in den alten und neuen Bundesländern (Schriftenreihe des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg e.V.), Heft Nr. 20, Berlin 2007

Winkler, Gunnar: Volkssolidarität gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit - Positionen und Anregungen zum Nachdenken, Berlin 2007

Aktuelle Literatur des SFZ e.V.

(zu beziehen über das SFZ)



Sozialreport 2006 - Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern

Erarbeitet vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.
(Berlin 2006, 48 S.)



Gewerkschaften - Sozial- und Wohlfahrtsverbände - Bewertungen und Erwartungen in den neuen Bundesländern

Umbruch - Beiträge zur sozialen Transformation in den alten und neuen Bundesländern, Schriftenreihe des SFZ, Bd. 20
Autor: Gunnar Winkler
(Berlin 2007, 98 S., ISSN: 0941-1941)



Altersarmut - Alterseinkommen in Deutschland

Umbruch - Beiträge zur sozialen Transformation in den alten und neuen Bundesländern, Schriftenreihe des SFZ, Bd. 21
Autorin: Hanna Haupt
(Berlin 2008, 98 S., ISSN: 0941-1941)



Die EU-Osterweiterung in Blickwinkeln von Ostdeutschen

Umbruch - Beiträge zur sozialen Transformation in den alten und neuen Bundesländern, Schriftenreihe des SFZ, Bd. 22
Autor: Thomas Hanf
- in Vorbereitung -



Altersarmut - Bewertungen und Erwartungen in den neuen Bundesländern

Umbruch - Beiträge zur sozialen Transformation in den alten und neuen Bundesländern, Schriftenreihe des SFZ, Bd. 23
Autor: Gunnar Winkler
(Berlin 2008, 112 S., ISSN: 0941-1941)